



akzente

BERUFLICHE BILDUNG IN BAYERN

Unsere Themen

- Berufsschulen immer noch Waisenkinder der Bildungspolitik
- Anwärtersonderzuschläge im nächsten Jahr
- Schulpsychologische Betreuung an beruflichen Schulen – eine Landtagsanfrage
- Ferienseminar für Schüler beruflicher Schulen
- Die gelungene Produktpräsentation
- Maria Montessori zum 50. Todestag
- Schutz gegen Viren, Hacker und Abzocker
- Kommt jetzt Big Brother?
- Senioren im Land der weiten Horizonte



6. VLB-Berufsbildungskongress in Passau



Standortbestimmung
Weichenstellung
Lehrerfortbildung
Öffentlichkeitsarbeit
Geselligkeit



HERAUSGEBER

Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 5 50 44 43
Internet: <http://www.vlb-bayern.de>
e-mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Peter Thiel
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn
Telefon: (09 31) 70 76 91
Telefax: (09 31) 70 76 91
e-mail: p.thiel@freenet.de
Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: (09 31) 66 14 15
Telefax: (09 31) 660 72 91
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 5 50 44 43

GESTALTUNG

Gunter Czerny
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: (09 31) 4 52 09 90
Telefax: (09 31) 4 52 75 98
e-mail: gunter.czerny@t-online.de

DRUCK

Helmut Preußler-Verlag
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg
Telefon: (09 11) 9 54 78 - 0
Telefax: (09 11) 5 42 48 6

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
decken sich nicht unbedingt mit der
Meinung der Redaktion.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 02/03: 2003-01-07
für Heft 03/03: 2003-02-10
für Heft 05/03: 2003-04-07

ISSN 0942 – 6930

ZHALT:

6. VLB-BERUFSBILDUNGSKONGRESS

- 3 Peter Thiel: Drei Tage Passau – ein Rückblick
- 5 Nüchterne Fakten in prunkvollem Ambiente
- 8 Passauer Bilderbogen
- 11 VLV-Pressemitteilung zum Berufsbildungs-Kongress
- 13 Martin Ruf: Forum Bildungspolitik
- 14 Herbert Geiger: Forum Dienstrecht

BILDUNGSPOLITIK

- 16 Josef Kraus: Immer noch Waisenkinder der Bildungspolitik

LEHRERBILDUNG

- 18 Heiko Pohlmann: Keine Anwärtersonderzuschläge

AUS DEM LANDTAG

- 19 Schulpsychologische Betreuung – eine Anfrage

UNTERRICHT UND PÄDAGOGIK

- 21 Franz Thurner: Ferienseminar für Schüler an beruflichen Schulen
- 23 Nina Vetter: Die gelungene Präsentation
- 25 Peter Thiel: Zum 50. Todestag von Maria Montessori

VLB-ONLINE

- 27 Margit Hofgärtner: Gefahren aus dem Internet
- 28 Johannes Münch: Mehr Sicherheit an Schulen

AUS DEM VERBANDSLEBEN

Bezirks- und Kreisverbände

- 30 BV Unterfranken

Senioren

- 29 Senioren Service
- 30 Der VLB-Seniorenbefragte informiert
- 32 VLB-Seniorenreise 2002

Personalien

- 33 Personalien

Termine

- 34 Termine zum Vormerken
- Für Sie persönlich**
- 34 Helmut Lang: Informationen zur Rechtsschutzversicherung

BÜCHER / MEDIEN

- 35 Neues auf dem Buchmarkt

LESER SCHREIBEN

- 38 Leser schreiben

LETZTE SEITE

- 38 Lehrstellenbilanz 2002

Titelfoto: Josef Plankl / Josef Kern – Karl-Peter-Obermaier-Schule, Passau

Drei Tage Passau: ein Rückblick



PETER THIEL

Der Vorhang ist gefallen, der 6.VLB-Berufsbildungskongress liegt hinter uns. Während der drei Tage in Passau hat der VLB seine bildungspolitischen und dienstrechtlichen Positionen überdacht, sie – soweit erforderlich – fortgeschrieben und nach außen hin deutlich gemacht. Im Gegensatz zur allgemeinen Stimmungslage waren – dem Kongressmotto entsprechend – Zukunftsorientiertheit und Aufbruchstimmung nicht zu übersehen, auch wenn die Trauben in diesen Zeiten erheblich höher hängen als in früheren. Natürlich kamen Mängel und Defizite zur Sprache, das Gegenteil wäre für einen Berufsstand, der sich hochgradig mit seiner Tätigkeit identifiziert, ein schlechtes Zeichen. Bestimmend aber waren nicht Resignation und Larmoyanz, sondern – wie gesagt – der Blick nach vorn. Das Beste aus der Lage machen zu wollen, so etwa lässt sich die Stimmung in Passau charakterisieren.

Es hat sich gezeigt, dass die VLB-Spitze auf die Gefolgschaft der Mitglieder zählen kann. Dass der Kongress im äußersten Südosten des Freistaats stattfand, und eine Reise nach Passau für so manchen im Lande mehr ist als ein Nachmittagsausflug, erwies sich nicht als Hemmnis. Die Beteiligung bei den einzelnen Veranstaltungen des Kongresses jedenfalls ließ nichts zu wünschen übrig.

Hauptveranstaltung in prunkvollem Ambiente

Im Mittelpunkt des Kongresses stand die Hauptveranstaltung im

großen Rathaussaal mit seinem prunkvollen Ambiente. Die als Rednerin vorgesehene Kultusministerin Monika Hohlmeier musste bedauerlicher Weise absagen. Vertreten wurde sie durch MdL Karl Frelter, ihren Staatssekretär, den der Verband als Freund der beruflichen Bildung zu schätzen weiß. Den Redepart des VLB hatte Landesvorsitzender Hermann Sauerwein übernommen. Beide Protagonisten setzten sich in kämpferischer Form mit den aktuellen Brennpunkten der Berufsbildungspolitik und des Dienstrechtes auseinander. Besondere Aufmerksamkeit erregten dabei Themen wie Kompetenzzentren, Änderung des Berufsbildungsgesetzes, die Sorge um den Lehrernachwuchs, Abbau der Altersteilzeit oder die Öffnung des Besoldungsrechts. Diese kamen auch anderweitig immer wieder zur Sprache und zogen sich wie rote Fäden durch den gesamten Kongress.

Zurück zur Hauptveranstaltung: Beide Redner forderten – wenn gleich mit unterschiedlichen Akzenten – Reformschritte in der beruflichen Bildung und appellierten an den Berufsstand – schon aus Verpflichtung der Jugend im Beruf gegenüber – den Optimismus nicht zu verlieren. Die wesentlichen Inhalte der Reden sind auf den folgenden Seiten nachzulesen.

Anträge, Entschlüsse und Nachwahlen

Die Vertreterversammlung, satzungsgemäß das höchste Be-

schlussorgan des VLB (diesmal mit 175 Delegierten aus den 8 Bezirksverbänden) setzte sich mit rund 100 Anträgen und 9 Entschlüssen auseinander. Inhalte der Entschlüsse waren die Lehreraus- und -fortbildung, die Beamtenversorgung sowie das Dienst- und Besoldungsrecht. Darüber hinaus mussten in drei Fällen Nachwahlen durchgeführt werden: Als Schriftführerin in den Geschäftsführenden Vorstand beriefen die Delegierten Barbara Dilberowic (BV Schwaben). Schatzmeister wurde Volker Wiermann (BV München), ein Mann mit langer Verbandserfahrung und einer, „der es einfach nicht lassen kann“. Ulrich Ziegenthaler (BV Mittelfranken) schließlich wurde zu einem der beiden Kassenprüfer gewählt.

Die Scheindualität in der Ausbildung überwinden

In seinem engagiert vorgetragenen Rechenschaftsbericht über die Vorstandsarbeit der vergangenen zwei Jahre ging Landesvorsitzender Hermann Sauerwein u.a. mit den derzeitigen Praktiken bei der Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur Bildung von Kompetenzzentren ins Gericht. Darüber hinaus betonte er die Bedeutung schulischer Eigenständigkeit und bezeichnete den von der Staatsregierung initiierten Modellversuch Modus 21 als einen Schritt in die richtige Richtung. Nachdrücklich mahnte er wiederum die längst fällige Änderung des Berufsbildungsgesetzes an, durch welche die bestehende Scheindualität überwunden und in eine echte Dualität bei der Ausbildung umgewandelt werden müsse.

Appell an die Spitzenverbände

Grußworte an die Vertreterversammlung richteten der Vorsitzende des Bundesverbandes der Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), Günter Besenfelder und der Vertreter des Bundesverbandes der Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW), Walter Schmiech. Auch Besenfelder betonte die Notwendigkeit einer längst fälligen Änderung des Berufsbildungsgesetzes, stellte zugleich

aber fest, dass inzwischen Bewegung in die Diskussion gekommen sei: Ein Staatsvertragsentwurf liege vor, welcher die Chance eröffne, den Partner Berufsschule angemessen an der Feststellung des Prüfungsergebnisses zu beteiligen. „Trotz aller Sorgen, manches lässt sich durch Geschlossenheit erträglich machen“, rief Besenfelder den Delegierten zu. Schmiech schlug in die gleiche Kerbe und verwies auf das gemeinsame Vorgehen der beiden Spitzenverbände bei den Initiativen zur Änderung des Berufsbildungsgesetzes. An die Spitzenverbände übrigens hatte VLB-Landesvorsitzender Sauerwein zuvor appelliert, dem „bayerischen Modell“ zu folgen und einen Zusammenschluss ins Auge zu fassen.

Foren, Arbeitskreise und Lehrmittelschau

Bei der obligatorischen Lehrmittelausstellung fanden die Kolleginnen und Kollegen wertvolle fachliche und didaktische Anregungen. Gleiches gilt für die rund 40 Arbeitskreise, an denen einmal mehr die große Differenziertheit der beruflichen Schulen zum Ausdruck kam.

In zwei Foren, eines zum Dienstrecht, das andere zur Bildungspolitik, brachten sich die Teilnehmer in sehr engagierter Weise ein. Vermisst dabei wurden allerdings die Vertreter aus dem „politischen Raum“. Eine stärkere Präsenz von Mitgliedern der Landtagsfraktionen hätte jedenfalls nicht nur den beiden Foren, sondern dem gesamten Kongress – lediglich bei der Hauptveranstaltung waren zwei der drei Fraktionen repräsentiert – gut getan, dazu sind die behandelten Anliegen zu brisant. Inhaltlich wird auch auf die Foren in diesem Heft eingegangen.

Einen „hochwasserfreien Verlauf“ gewünscht

Beim Empfang des Hauptvorstands im historischen Passauer Rathaus betonte OB Albert Krankl die Schul- und Bildungsfreundlichkeit der Dreiflüssestadt, die in der Tat u.a. durch die großzügigen Bauten und die Modernität der beiden Berufsschulen zum Ausdruck

kommt. Darüber hinaus verwies das Stadtoberhaupt auf die geopolitische Lage Passaus in der Mitte Europas. „Einst ein blühendes Handelszentrum, hat die Stadt durch die EU-Osterweiterung gute Chancen, diese Stellung bald wieder zu erhalten“, sagte er. Im Übrigen erwies sich der OB als Kunstkenner, indem er den Gästen mit großem Charm die farbenfrohe Bilderwelt der beiden Rathaussäle interpretierte. Abschließend wünschte Krankl dem Kongress einen „hochwasserfreien Verlauf, der auf Grund der spätherbstlichen Wetterlage jedoch sicher gestellt sein dürfte“.

Rahmenprogramm

Ein attraktiver Gesellschaftsabend unter dem Motto „Auf fröhlicher Welle“ mit einem heiteren Ambiente auf dem Vergnügungsliner Danubia, das Seniorenprogramm sowie die Ausstellung „Handwerkskunst an beruflichen Schulen“ im Foyer der Karl-Peter-Obermaier-Schule bildeten den eher unterhaltenden Rahmen des Kongresses.

Presserunde

Wie üblich, wurde auch der Passauer Berufsbildungskongress mit einem Pressegespräch eröffnet, bei dem es schwerpunktmäßig sowohl um die Personalprobleme der beruflichen Schulen als auch um das Thema Kompetenzzentren ging. Ohne Beschönigung muss hierzu festgestellt werden: die Präsenz der Medienvertreter ließ zu wünschen übrig. Sowohl die Süddeutsche Zeitung als auch dpa, um nur zwei Beispiele zu nennen, hatten sich beim „Nachhaken“ für die Einladungen zwar bedankt, „mußten aber leider absagen“. Die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes bedarf dringend der Belebung, das ist eine der Erkenntnisse aus dieser Presserunde. Das vom VLB aufgelegte Pressepapier sowie ein Teil des Presseertrages sind in der Folge abgedruckt.

Resumée

Die Wirkung des Passauer Berufsbildungskongresses und dessen Nachhaltigkeit sind auf Grund der zeitlichen Nähe noch nicht vollwer-

tig abzuschätzen. Gewiss hat die Veranstaltung dazu beigetragen, das Wir-Gefühl der Kollegenschaft, ihre Identifikation mit dem VLB, zu fördern und Geschlossenheit zu demonstrieren, was sich natürlich nicht allein an der großen Besucherzahl ablesen läßt.

Identifikation und Geschlossenheit aber, das ist es, was die Verbandsspitze neben dem entsprechenden Vertrauen der „Basis“ benötigt, um auch in schwierigen Zeiten noch Erfolge – letztlich zum Wohl der Jugend im Beruf – einfahren zu können.

Es war eine gelungene Veranstaltung mit einer glänzenden Organisation in Passau, das muss man ohne Einschränkung feststellen. Der VLB bedankt sich auf diesem Wege bei all denjenigen, die an der Gestaltung der drei Tage in mitgewirkt haben. Besonders erwähnt sei dabei das Organisationsteam rund um Kollegen Josef Sigl, den Vorsitzenden des örtlichen Kreisverbandes. Herzlicher Dank ergeht auch an die Hausherrn der beiden Berufsschulen, in denen sich das Geschehen im Wesentlichen abspielte, an die Kollegen Hans Käfler und Ernst Weiser also. Zusammen mit den Damen und Herren ihrer Häuser haben sie alles getan, den Gästen die Tage in der Drei-Flüsse-Stadt so angenehm wie möglich zu machen und die Funktionsträger des Verbandes nach besten Kräften zu unterstützen. Die Passauer Organisatoren haben belegt, was guter Geist und Einsatzbereitschaft, gepaart mit klugem Führungsverhalten, alles bewirken können. So betrachtet war der Kongress für den aufmerksamen Beobachter u.a. fast eine Art Fortbildung in Sachen Führungskompetenz. Ein herzliches Dankeschön des VLB gilt darüber hinaus auch allen beteiligten Funktionsträgern, den Arbeitskreisinitiatoren, Referenten und Delegierten. Man kann abschließend nur feststellen: mit der Man-Power stimmt es ganz offensichtlich im beruflichen Schulwesen des Freistaats, an den Rahmenbedingungen allerdings muss handfest gearbeitet werden. 

Die Hauptveranstaltung im großen Passauer Rathausaal:

Nüchterne Fakten in prunkvollem Ambiente

PETER THIEL

Es war ein augenfälliger Kontrast bei der Hauptveranstaltung im großen Saal des Passauer Rathauses: Einerseits das prunkvolle Ambiente mit den großflächigen Historienmalereien Ferdinand Wagners, den raumgreifenden Marmorsäulen, karminrotem Dekor und üppigen Lüstern. Unter glasbemalten Fenstern ein schwarzer Ebenholzflügel, auf dem Schüler des Passauer Auersberg-Gymnasiums die Veranstaltung musikalisch umrahmten. Kompliment übrigens. Andererseits die mitunter ernüchternden Fakten aus der Bildungspolitik, Spezialgebiet berufliche Bildung, um die es ging an diesem Freitagnachmittag.

Bestimmt wurde das Geschehen am Rednerpult im Wesentlichen von zwei Protagonisten. Die vorher angekündigte Kultusministerin ließ sich vertreten durch ihren Staatssekretär Karl Freller, einen bekanntermaßen guten Freund und Förderer der beruflichen Schulen. Die VLB-Positionen vertrat Landesvorsitzender Hermann Sauerwein. Beiden Rednern gemein war, dass sie mit großem Enthusiasmus zu Werke gingen und keinen Zweifel daran ließen, wie stark sie sich mit den Anliegen der beruflichen Bildung identifizieren. Dabei lagen sie in Einzelfragen mitunter gar nicht so weit auseinander, u.a. bei der Tatsache, dass für die beruflichen Schulen großer Reformbedarf besteht und die Schulen ein höheres Maß an Eigenständigkeit benötigen, um ihren zukünftigen Aufgaben gerecht zu werden.

Die Personalfrage

Die finanzielle Stagnation könne nach Auffassung des Landesvorsitzenden kein Hindernis sein für Reformen. Innovatives Verhalten hänge nicht allein vom Geld ab. „Wenig hilfreich ist es, nur zu schimpfen und auf



„Was da geschieht, entspricht nicht den Intentionen des Landtagsbeschlusses“: VLB-Vorsitzender Hermann Sauerwein zum Thema Kompetenzzentren.

den warmen Regen zu warten“, sagte er. Dessen ungeachtet komme man um eine Reihe handfester Forderungen zur Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen an den beruflichen Schulen nicht herum. Ganz oben auf der Prioritätenliste stehe die Personalfrage. Große Sorge bereite dem VLB u.a. die seit Jahren stagnierende Zahl an Studienanfängern. Die vom VLB initiierte Erweiterung der Studienangebote in Nordbayern ist inzwischen Wirklichkeit. Dem seit zwei Jahren laufenden Trainée-Programm erteilte Sauerwein eine Absage und die Öffnung des Referendariats für Seiteinsteiger bezeichnete er als Übergangslösung. Konstruktiv-kritisch begleite der VLB den Modellversuch AQUA, zu dem der Verband jedoch nicht all seine Vorstellungen habe durchsetzen können. „Zumindest für das erste Jahr des Referendariats hätte man auf die bewährten Seminarlehrer zurückgreifen sollen“, sagte der Landesvorsitzende.

Absage an das Splittingmodell

Sauerwein verwies auf ein derzeit im Landtag diskutiertes „Kooperationsmodell zwischen Universität und

Fachhochschulen“ zur Lehrerbildung. Das dabei vorgeschlagene Splitting lehne der VLB rundheraus ab. „Setzen wir weiterhin auf die Qualität unserer universitären Lehrerbildung. Wenn es uns gelingt, die Studiengänge attraktiver zu gestalten und die Anwärterbezüge deutlich anzuheben, ist mir um den Lehrernachwuchs nicht bange“, sagte Sauerwein.

Weitere Berufsfachschulen nötig

Im Zusammenhang mit PISA wurden die beruflichen Schulen überhaupt nicht erwähnt, obwohl sie von den Ergebnissen hochgradig betroffen sind: Zwei Drittel der jungen Leute aus der PISA-Generation besuchen eine berufliche Schule; der Anteil an Migranten steige an der Berufsschule ständig. Zehn bis fünfzehn Prozent der Schulentlassenen bleiben bei der Suche nach Ausbildungsplätzen jährlich auf der Strecke, u.a. deshalb, weil das Lehrstellenangebot der Wirtschaft nicht ausreicht. Der Staat sei gefordert, ersatzweise weitere Berufsfachschulen einzurichten. Im Hinblick auf Migranten und Lernschwache forderte Sauerwein verstärkte Förderangebote und mehr Möglichkeiten zur Differenzierung. „Wer beim Lehrstellenangebot ausschließlich betriebswirtschaftlich rechnet, fährt auf sehr kurze Sicht und schafft Probleme, die morgen nicht lösbar sind“, appellierte er an die Wirtschaft.

Den Bildungsfachleuten das letzte Wort

Dem dualen System räumte Sauerwein gute Zukunftschancen ein. Die Vorläuferschulen allerdings müssten sich um eine Lernkultur bemühen, bei der Lernen als Chance und nicht als „Belästigung“ empfunden werde. Will Deutschland seinen Rang in der Weltwirtschaft halten, muss es mehr für die Aus- und Weiterbildung tun. „Wo es um Erziehung und Bildung, um berufliche Aus- und Weiterbildung geht, dürfen nicht die Finanzminister, sondern müssen die Bildungsfachleute das letzte Wort haben“, sagte er unter starkem Beifall.

Die Änderung des Berufsbildungsgesetzes in Richtung Gleichberechtigung

gung der Dualpartner, die Übernahme der Schülerleistungen aus der Berufsschule ins Abschlusszeugnis, die Verbesserung der Lernortkooperation sowie die Forderung nach gerechterer Einstufung der deutschen Berufsausbildungsabschlüsse durch Brüssel waren weitere Aspekte in der Rede des Landesvorsitzenden.

„Gibst du mir, geb' ich dir“

Heftig ins Gericht ging Sauerwein mit den Praktiken bei der Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur Organisationsreform der beruflichen Schulen. Was da bezüglich der Bildung von Kompetenzzentren bislang geschehen sei, entspreche nicht den Intentionen dieses Beschlusses. Die Veränderungen sollten im Einvernehmen zwischen kommunalen Spitzenverbänden, Schulaufsichtsbehörden, Landkreisen bzw. kreisfreien Städten, Berufsschulen, Kammern und Arbeitsämter konzipiert werden. In etlichen Regionen habe man sich zwar um Konsens bemüht, bislang beschränken sich die Veränderungen aber auf die Zusammenlegungen von Parallelklassen. Dabei laute die Devise: „Gibst du mir, geb' ich dir“. Zwischen 6000 und 10000 junge Leute reisen mitunter täglich durch ihren Regierungsbezirk, um zu den zugewiesenen Schulstandorten zu gelangen, ein Schülertourismus, der mehr als fragwürdig sei.

Alle Stufen der Aus- und Weiterbildung unter einem Dach

Bewährte Strukturen werden zerschlagen, moderne Fachausstattungen überflüssig. Andernorts müssen neue Fachräume entstehen. „Ein Fall für den obersten Rechnungshof und für den Bund der Steuerzahler“, sagte Sauerwein. Echte Fortschritte seien nur zu erzielen, wenn die beruflichen Schulen als Kompetenzzentren für Aus- und Weiterbildung möglichst alle Stufen der Aus- und Weiterbildung eines Fachbereichs unter einem Dach führen.

Die Altersteilzeit erhalten

Im dienstrechtlichen Teil seiner Ausführungen verwies der Landesvorsitzende auf die von der Staatsregierung geplanten Sparmaßnahmen

wie die Aussetzung der Leistungsstufen, die Streichung der Jubiläumszuwendungen und die Änderung der Altersteilzeit-Regelung.

Trotz beträchtlicher finanzieller Einbußen gehen ca. 40% der antragsberechtigten Lehrkräfte in die Altersteilzeit. Diese hohe Quote bestätige auch die starke Belastung im Schuldienst. „Wir brauchen die Altersteilzeit u.a. um die Gesundheit unserer älteren Kolleginnen und Kollegen zu erhalten“, erklärte Sauerwein. Darüber hinaus sei sie auch die Grundlage für eine Beschäftigungsbrücke zwischen den älteren und den jüngeren Lehrkräften. Mit Nachdruck und unter starkem Beifall forderte der Landesvorsitzende die Staatsregierung auf, von der geplanten Einschränkung der Altersteilzeit zumindest im Lehrerbereich abzusehen.

Besoldungswettlauf verhindern

Abschließend streifte der Landesvorsitzende noch die Themen „Dienstliche Beurteilung“ und „Bundesratsinitiative zur Öffnung des Besoldungsrechts“, beides Bereiche, die auch im Forum Dienstrecht zur Sprache kamen. Die Öffnungsklauseln seien ein eklatanter Verstoß sowohl gegen das Bundesbesoldungsgesetz als auch gegen das Beamtenversorgungsgesetz. Nur eine bundeseinheitliche Besoldung verhindere einen Besoldungswettlauf zwischen den Ländern und dem Bund sowie die Abwanderung leistungsorientierter, flexibler Beamter in wohlhabendere Gebietskörperschaften oder in die Privatwirtschaft. Die Kumulation von Maßnahmen führe zu einem Besoldungsverlust bis zu 18%. „Alles andere als eine Arbeitsmotivation für diejenigen, denen mit der Bildung der Jugend im Beruf ein Stück nationaler Zukunft in die Hand gegeben ist“, sagte der Landesvorsitzende.

Nicht nur auf die Abiturientenquote gesetzt

Staatssekretär Freller nahm das gute Abschneiden des Freistaats bei der PISA-Studie zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass Bayern in der Vergangenheit den Fehler vermieden habe, sich in der Bildungspolitik nur an der Abiturientenquote zu orien-



„Die beruflichen Schulen haben eine bemerkenswerte Innovationskraft“: Kultus-Staatssekretär Karl Freller.

tieren. Stark gefördert worden sei – wohlwissend dass Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit von den Qualifikationen der Fachkräfte abhängen – auch die berufliche Bildung.

Bemerkenswerte Innovationskraft der beruflichen Schulen

„Es ist nicht allzu viel, was ich mitbringen kann“, gestand er seinen Zuhörern zu Beginn seiner Rede ein. Vieles, womit man Zukunft gestalten kann, sei in erster Linie eine Sache der Kreativität. Die Innovationskraft der beruflichen Schulen sei bemerkenswert. Rund ein Fünftel aller Berufsschulen im Lande beteilige sich an Modellversuchen. Unübersehbar der Modernisierungsprozess in der Berufsausbildung: Bewährte Berufsbilder wurden angepaßt, neue Berufe geschaffen. Dies könne nicht ohne Auswirkung auf die beruflichen Schulen bleiben. Bestes Beispiel dazu: Die lernfeldorientierten Lehrplanrichtlinien für den berufsbezogenen Unterricht. Zu deren Umsetzung benötigen die Lehrkräfte größere Freiräume. Gefördert werden müsse – auf Grund der Integration von theoretischen und praktischen Inhalten – auch die Teamarbeit unter den Lehrern.

Zukunftsträchtige Konzepte wichtiger als rasche Umsetzung

An den beruflichen Schulen wolle man derzeit vor allem die Eigenständigkeit erhöhen und die fachliche

Kompetenz stärken. Damit war das Stichwort gefallen: Zielsetzung bei der Bildung von Kompetenzzentren sei es, die Berufsschulen so zu organisieren, dass Berufe oder Berufsgruppen – soweit möglich – an einem Ort in der Region zusammengefasst werden. Dies gelte vorrangig bei Spezialisierung mit kostenintensiver Fachraumausstattung. Mit der Reform wolle man den Unterricht verbessern, die Kosten für die Aufwands-träger senken, die Abwanderung der Schüler in die Ballungsräume begrenzen und einem Ausbluten ländlicher Schulen entgegenwirken. „Wichtiger aber als eine rasche Umsetzung des Landtagsbeschlusses sind zukunfts-trächtige Konzepte“, sagte Freller. Spätestens 2008 soll die Reform abgeschlossen sein.

Abbau von Minderklassen

Ein effizienter Einsatz von Ressourcen werde auch der öffentlichen Hand abverlangt. Dies sei bei sog. Minderklassen zu bedenken, welche unabhängig von der Bildung der Kompetenzzentren abgebaut werden müssen, auch wenn einzelne Berufsverbände für eine wohnortnahe Beschulung eintreten und dies mit dem Erhalt des Angebots an Ausbildungsplätzen begründen. „Nicht nur weil der Oberste Rechnungshof dies verlangt, müssen wir Minderklassen weiter abbauen“, sagte Freller, „sondern auch weil wir zur Bewältigung des Schüleranstiegs freiwerdende Kapazitäten benötigen“.

Änderung der Anrechnungsverordnung befürchtet

Als Anachronismus bezeichnete es Freller, dass die in der Berufsschule erbrachten Schülerleistungen bei der Abschlussprüfung nicht zählen. Er verwies aber darauf, dass die entsprechenden Forderungen der Lehrerverbände von der KMK jetzt aufgegriffen wurden und der Entwurf zu einem Staatsvertrag inzwischen vorliege.

Die von der Wirtschaft geforderte Änderung der Anrechnungsverordnung stoße bei der Staatsregierung schlichtweg auf Unverständnis. Sie hätte zur Folge, dass die bewährten BGJ's und die einjährigen Berufsfach-

schulen aufgegeben werden müssten. „Wir können die Jugendlichen nicht zu einer de facto vierjährigen Lehrzeit verpflichten“, sagte Freller. Von der Qualität vollzeitschulischer Ausbildung im ersten Jahr zeigte er sich überzeugt. Die seit 1996 ins Leben gerufenen und befristet gedachten Berufsfachschulen sollen im Hinblick auf den Lehrstellenmarkt auch über das nächste Schuljahr hinaus Schüler aufnehmen können.

„Bildungsfreudige junge Leute nicht im Regen stehen lassen“

Der unerwartet hohe Andrang an FOS und BOS in diesem Jahr habe eine beträchtliche Budgetlücke zur Folge gehabt, bekannte Freller. Künftig werde man am Salvatorplatz flexibler auf solche prognosewidrigen Entwicklungen reagieren. Die Staatsregierung jedenfalls wünsche sich weitere Schülerzuwächse an BOS und FOS, weil sie die Hochschulgänge über den beruflichen Bildungsweg erhöhen. Freller bedauerte, dass sich großen kommunalen Schulen dem Aufschwung an BOS und FOS z.T. versagt haben. Als unfreundlichen Akt den Schülern gegenüber bezeichnete er das Verhalten der Landeshauptstadt in dieser Angelegenheit. Der Freistaat werde versuchen auf die verstärkte Nachfrage zu reagieren und Weiterbildungswillige nicht im Regen stehen lassen. „Entscheidend ist, dass junge Leute, die eine Schule besuchen wollen, dies auch können“, erklärte der Referent.

Richtungsweisende Impulse

„Wir setzen uns für den Fremdsprachunterricht an der Berufsschule ein, auch wenn wir mühselige Überzeugungsarbeit gegenüber manchen Betrieben leisten müssen“, sagte Freller. Erstmals 1997 sei eine Zertifikatsprüfung mit knapp 1000 Berufsschülern durchgeführt worden, heuer waren es fast 7000 Teilnehmer. An den Wirtschaftsschulen setze der Lehrplan für Englisch richtungsweisende Impulse, indem er der mündlichen Kommunikation eine zentrale Rolle zuweist. Erprobt an FOS und BOS werde derzeit der Modus mündlicher Gruppenprüfungen.

Frühzeitige Sprachförderung

Die PISA-Ergebnisse haben u.a. eine Diskussion über die vorschulische Erziehung entfacht. Diese berühre auch die Ausbildung der Kinderpflegerinnen und der Erzieher. In deren Lehrplänen werde nun u.a. der Sprachförderung und der Früherkennung von Auffälligkeiten stärker Raum gegeben. Trotz gestiegener Anforderungen verbleibe die Erzieher-Ausbildung an der Fachakademie. Bestrebungen zur Verlagerung an die FH erteilte Freller eine Absage.

„Nicht in Zukunftsangst und Pessimismus verfallen“

Beurteilung und Arbeitsmotivation müssen zusammenpassen“, sagte Freller und verwies auf entsprechende Initiativen des Ministeriums zum Thema Beurteilung. Immerhin sei die letzte periodische Beurteilung bei den Lehrkräften „auf nicht allzu viel Gegenliebe“ gestoßen. Eine Expertengruppe erarbeite jetzt Vorschläge zu einem eigenen Modell der Lehrbeurteilung. Dabei soll es auch schulartspezifische Abweichungen geben.

Entlastung von Lehrkräften

Zur Personalentwicklung gehöre auch die Frage nach der Entlastung von Lehrkräften, welche in größerem Umfang zusätzliche Aufgaben übernehmen. Durch Forcierung der Schulentwicklung, der Systembetreuung und der medienpädagogisch-technischen Beratung habe sich ein beträchtlicher Aufgabenzuwachs ergeben. Freller „dachte“ an zusätzliche Anrechnungsstunden für Systembetreuer, für die Koordinatoren der inneren Schulentwicklung, für die Modus 21-Schulen, für die schulpsychologische Betreuung sowie für die am Projekt „Lehrergesundheit“ beteiligten Lehrkräfte. Im Zusammenhang mit der Arbeitsbelastung und der Lehrergesundheit sagte er: „Die Zahl der frühpensionierten Lehrkräfte spricht für sich, das Thema betrifft uns u.a. unter dem Fürsorgeaspekt“. Für die Zukunft seien gesundheitsorientierte Hilfestellungen geplant, die bereits beim Berufseintritt des Lehrers ver-

Fortsetzung Seite 10



- ① Fernsehaufzeichnung im Rahmen des Pressegesprächs.
- ② Josef Sigl, KV-Vorsitzender Passau und Chef-Organisator.
- ③ Empfang im Rathaussaal, links OB Albert Krank, rechts VLB-Vorsitzender Hermann Sauerwein.
- ④ Passauer beim Gedankenaustausch im Rathaussaal: Links MdL Dr. Gerhard Waschler, rechts VLB-Vize Hans Käfler.



Passauer Bilderbogen



- ⑤ Ein Arbeitskreis im wahrsten Sinne des Wortes. Bei der Öffentlichkeitsarbeit künftig stärker zusammenrücken.
- ⑥ Stimmungsvolles bei der Lehrmittelausstellung.
- ⑦ An Bord der Danubia: Viel Unterhaltsames unter dem Motto „Auf fröhlicher Welle“.
- ⑧ Am VLB-Stand: Die guten Geister empfangen, empfehlen, beraten.
- ⑨ In der Vertreterversammlung: Das Sitzungspräsidium aus der Vogelperspektive.
- ⑩ Wahl dreier VLB-Funktionsträger.
- ⑪ Stimmenauszählung.
- ⑫ Die Gewählten von links: Ulrich Ziegenthaler (Kassenprüfer), Barbara Dilberowic (Schriftführerin), Volker Wiemann (Schatzmeister).
- ⑬ Hohe Konzentration bei der Delegiertenversammlung: das Tagungspräsidium arbeitet mitunter rasant.



Fotos Josef Plankl

Grussworte sprachen ...



...für die CSU-Landtagsfraktion
Mdl. Dr. Gerhard Waschler



...für die SPD-Landtagsfraktion
Mdl. Marianne Schieder



...für die Stadt Passau 3. Bürger-
meister Anton Jungwirth



...für den VLB Niederbayern des-
sen Vorsitzender Rudolf Puryear

mittelt werden sollen. Dazu werde derzeit in drei Regierungsbezirken ein Modellprojekt erarbeitet, für den beruflichen Bereich in der Oberpfalz. „Bei allen Schwierigkeiten, lassen Sie uns nicht verzagen“, sagte Freller. „Im Hinblick auf unsere Jugend dürfen gerade Lehrer nicht in Zukunftsangst und Pessimismus verfallen“.

Sorge um den Lehrernachwuchs

Die Zukunft der beruflichen Schulen stehe und falle mit der Sicherung des Lehrernachwuchses. Diese sei eine der Kernaufgaben des Ministeriums. Vor allem in den technischen Fachrichtungen gebe es nach wie vor zu wenig Interessenten für das Lehramt an beruflichen Schulen. Freller nannte die Sondermaßnahmen und bezeichnete dabei das Trainee-Programm als eine nur befristete Notlösung. Auch er verwies auf die neuen Studiengänge für das berufliche Lehramt in Nordbayern. Weitere Interessenten verspreche man sich am Salvatorplatz dadurch, dass Studierende der Fachhochschulen einschlägiger Fachrichtungen in den Lehramtsstudiengang einsteigen können.

Schulentwicklung und Modus 21

Von einer Erhöhung der Bildungsausgaben allein sei keine Verbesserung der Schulqualität zu erwarten, meinte – wie sein Vorredner auch – Staatssekretär Freller. Daher soll die innere Schulentwicklung individuelle Schulprofile herausarbeiten und die Identifikation von Schülern und Lehrern mit „ihrer“ Schule fördern. In diesem Zusammenhang sei auch der Schulversuch Modus 21 zu sehen. Er soll zeigen, welche Freiräume und

wieviel Selbständigkeit Schulen benötigen, um sich weiter zu entwickeln.

Die Schulaufsicht als Partner

Der Weg der inneren Schulentwicklung und die Übertragung von mehr Selbständigkeit auf die Schule bedürfen im Hinblick auf die verfassungsrechtliche Gesamtverantwortung des Staates allerdings einer entsprechenden Evaluierung. Dies sei u.a. Sache der Schulaufsicht, die sich künftig stärker als Partner und Berater der Schulen verstehen müsse. „Länder bei denen dies der Fall ist, belegten Spitzenplätze bei PISA“, sagte Freller.

Die Weiterentwicklung der beruflichen Schulen benötige ein konstruktives Miteinander aller am Bildungsprozess Beteiligten. „Die Verantwortlichen im VLB haben das Gespräch stets in vorbildlicher Weise gesucht und gepflegt. Dafür bedanke ich mich herzlich und bitte, dies auch weiterhin zu tun“, sagte Freller zum Schluss seiner mit viel positiven Gedanken und Freundlichkeiten durchsetzten Rede. Bildungspolitisch betrachtet war darin allerdings kaum Überraschendes enthalten. Der Beifall war dem Redner aber trotzdem sicher.

Grüßworte

Die Grüße ihrer Fraktionen überbrachten Mdl. Dr. Gerhard Waschler für die CSU und Mdl. Marianne Schieder, die Vorsitzende des Landtagsausschusses „Bildung, Jugend und Sport“ für die SPD. „Der Kongress zeigt viele Nuancen, an denen wir konstruktiv anknüpfen können“, stellte Waschler fest. Dem VLB gratu-

lierte er zur Vorreiterrolle in Sachen Budgetierung und Einstellungspraxis, Modi, die von anderen Schulararten jetzt übernommen werden. Die vom Landesvorsitzenden vorgetragenen Anliegen seien berechtigt, erklärte er. Noch immer sei das Lehrermage in der Gesellschaft zu weit hinten angesiedelt und das Urteil in der Öffentlichkeit komme oftmals über's Stammtischniveau nicht hinaus. „Das ist eine Grundlage, die wir nicht brauchen können“, sagte Waschler.

Mdl. Schieder warf der Staatsregierung vor, für die personelle Ausstattung der beruflichen Schulen zu wenig getan zu haben. „Die Rahmenbedingungen dort lassen zu wünschen übrig“, sagte sie. Die Einschränkung der Altersteilzeit nannte sie eine Nacht-und-Nebel-Aktion des Kabinetts. „Seit es diese Möglichkeit gibt, ist die Zahl der Frühpensionierungen um 30% zurückgegangen“, stellte die Abgeordnete fest.

In Vertretung für OB Krankl sprach Bürgermeister Anton Jungwirth Grußworte für die Stadt. Passau fühle sich dem Bildungswesen seit eh und je sehr verbunden, meinte er und



Faßte zusammen: VLB-Vize Hans Käfler.

verwies u.a. auf die bereits im 8. Jahrhundert gegründete Domschule und natürlich auch auf die sehr gut ausgestatteten Berufsschulen der Stadt.

Ouvertüre und Finale

Eröffnet hatte die Hauptveranstaltung Rudolf Puryear, der Vorsitzende des VLB-Bezirksverbandes Niederbayern. „Der Kongress in Passau war überfällig“, sagte er, als er die rund 400 Gäste im Rathaussaal begrüßte. „Wir standen schon im Verdacht, uns vor den Kosten drücken zu wollen“, erklärte er zur allgemeinen Erheiterung. Tatsächlich aber habe man auf die Fertigstellung der Karl-Peter-Obermaier-Schule gewartet, „ein Vorzeigeeobjekt, wie man es in der Schullandschaft nicht sogleich wieder findet“.

Das Finale der Veranstaltung lag bei Johann Käfler, dem stellvertretenden VLB-Landesvorsitzenden. „In allen Beiträgen des Nachmittags wurden den beruflichen Schulen Leistungsfähigkeit attestiert“, stellte er fest. Gleichzeitig aber sei auch ein ganzer Katalog an Schwierigkeiten aufgelistet worden. Die Problematik der Lehrertätigkeit veranschaulichte er mit einem Bild aus der Technik: Hubraum und Drehzahl ergeben die Leistung. Werde bei erhöhtem Leistungsbedarf der Hubraum nicht vergrößert, müsse die Drehzahl und damit die Belastung steigen. Gleichzeitig solle dabei auch noch Sprit gespart werden.

„Die beruflichen Schulen stehen an vorderster Front der Innovation“, sagte Käfler zum Abschluss. „Setzen Sie die richtigen Prioritäten, leisten Sie sich zum Wohle der Gesellschaft und mit Blick auf die Zukunft weiterhin gute berufliche Schulen“, appellierte er an Parlament und Staatsregierung. Auch ihm war langanhaltender Beifall sicher.

In eigener Sache:

Der Redaktionstermin für das vorliegende Heft lag unmittelbar nach dem Passauer Berufsbildungskongress. Deshalb war es uns nicht möglich, alle Teilveranstaltungen zu würdigen.

In unserer Januar-Ausgabe werden wir die Berichterstattung fortsetzen. Die Redaktion

Pressemitteilung Nr. 1/11 vom 21. November 2002:

Zukunftsfähigkeit der beruflichen Bildung sichern

- **Lehrerversorgung verbessern**
- **Reformstau abbauen**
- **Qualitätsentwicklung forcieren**

Eine eindeutige Absage erteilte der Landesvorsitzende des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB), Hermann Sauerwein, einem derzeit im bayerischen Landtag diskutierten „Splittingmodell zur Lehrerbildung“, welches vorsieht, die Ausbildung auch der Lehrer an beruflichen Schulen zwischen Universität und Fachhochschule aufzuteilen. „Mit dem Märchen vom größeren Praxisbezug der FH-Ausbildung muss endlich Schluss sein“, sagte Sauerwein anlässlich des 6. VLB-Berufsbildungskongresses in Passau. In einem sehr hohen Maße - in manchen Ausbildungsrichtungen bis zu 85 Prozent - haben unsere universitär ausgebildeten Lehramtsstudenten eine berufliche Lehre hinter sich und dabei fachlich und beruflich mehr Erfahrung gesammelt, als sie die Fachhochschule je vermitteln kann, erklärte der Landesvorsitzende.

Hinter dem von einigen Professoren betriebenen Ansinnen stehen offensichtlich Probleme mit personellen Überkapazitäten an den Fachhochschulen. Die beruflichen Schulen im Freistaat haben derzeit aber wahrlich andere Sorgen, als sich mit den Personalproblemen der Fachhochschulen zu beschäftigen.

*

Großes Kopfzerbrechen beispielsweise bereitet ihnen die Tatsache, dass eine viel zu hohe Zahl an Studienabsolventen den Vorbereitungsdienst abbricht oder gar nicht erst an-

tritt, weil die Referendarbezüge mehr als knapp bemessen sind. Diese liegen z.T. unter den Ausbildungsbeihilfen der Berufsschüler und sichern den jungen Leuten, die mitunter bereits für eine Familie Verantwortung tragen, nicht einmal das Existenzminimum. Während sich die Wirtschaft nach ihnen auf Grund der hohen Fachkompetenz im wahrsten Sinne des Wortes „die Finger leckt“, gehen die beruflichen Schulen vielfach leer aus und können ihre Unterrichtsverpflichtung z.T. nicht voll erfüllen. „Angesichts der auf uns zurollenden Pensionierungswelle steuern sie, die beruflichen Schulen, auf ein regelrechtes Personaldester zu, wenn sich hinsichtlich der Referendarbesoldung nicht schnellstens etwas ändert“, sagte Sauerwein.

*

Neben der anstehenden Pensionierungswelle gibt es noch eine weitere Ursache, die dazu beiträgt, die beruflichen Schulen personell auszudünnen: Immer mehr Lehrkräfte gehen wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand oder machen von der gesetzlichen Möglichkeit zur Altersteilzeit Gebrauch. Dies gilt freilich nicht nur für den beruflichen Bereich.

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die Lehrkräfte beruflicher Schulen - u.a. bedingt durch ständige technische Innovationen und durch z.T. übervolle Klassen - einer über Gebühr hohen Arbeitsbelastung und damit einem extrem starken gesundheitlichen Verschleiß ausgesetzt sind. Eine 60-Stunden-Arbeitswoche ist für viele von ihnen fast die Regel und was an Unterrichtsvor-

Für die Medienvertreter kein ganz leichtes Thema, die berufliche Bildung. Im Pressegespräch antworten auf zahlreiche Nachfragen u.a. Hasn Käfler, Peter Thiel und Hermann Sauerwein (von links).



„Berufsschulen sind immer noch die Stiefkinder“

Verband fordert: Referendare besser bezahlen – „Brauchen junge Lehrer“ – Staatssekretär Freller verspricht Reform

Von Karin Friedl

Passau. Die Lehrerversorgung verbessern, Reformstau abbauen und die Qualitätsentwicklung forcieren – diese zentralen Forderungen richtete der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB) gestern anlässlich des Berufsbildungskongress in Passau an Staatssekretär Karl Freller.

„Die beruflichen Schulen sind in Bayern immer noch untergeordnet“, prangerte VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein gestern im Großen Rechaussaal an. Die berufliche Bildung sei im Umbruch, was man nicht zuletzt daran erkennen könne, dass innerhalb kürzester Zeit rund 35 neue Berufe entstanden seien.

„Die Berufsschulen müssen mehr denn je eng mit der Wirtschaft zusammenarbeiten, dabei ist auf der anderen Seite ein Konkurrenzkampf um Absolventen des Lehramtstudiums ausgebrochen“, erklärte Sauerwein. Während Betriebe Lehrer aufgrund ihrer hohen Fachkompetenz mit offenen Armen empfangen würden, seien an den Schulen dagegen die Referendarbezüge so knapp bemessen, dass sie nicht einmal das Existenzminimum abdecken. „Teilweise verdienen die Be-



Diskutieren über die Zukunft der Berufsschulen in Bayern (von links): VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein, Staatssekretär Karl Freller und stellv. Landesvorsitzender Hans Käßler. (F.: Friedl)

rufsschüler mehr, als die Lehrer von denen sie unterrichtet werden“, verdeutlichte der VLB-Vorsitzende. Da man sich ohnehin in einem regelrechten „Personaldester“ befinde, könne es nicht angehen, dass nun die Möglichkeit der Alterssteilzeit von der Politik vereitelt werden soll. „Der Altersdurchschnitt der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern liegt bei unglaublich hohen 47,2 Jahren“, sagte Sauerwein. Der gesundheitliche Verschleiß in diesem Beruf sei zudem überdurchschnittlich hoch. „Wir

brauchen junges Blut, um die Zukunftsfähigkeit der beruflichen Bildung zu sichern“, appellierte der Vorsitzende an die Politiker. Um junge Fachkräfte an den Berufsschulen zu halten, müsse die Besoldung angehoben und Sonderzuschläge gewährt werden, so die Forderung des VLB.

Eine klare Absage erteilte Sauerwein auch dem Splittingmodell zur Lehrerbildung, das derzeit im Bayerischen Landtag diskutiert wird. Demnach soll die Ausbildung der Berufsschullehrer zwischen Universi-

tät und Fachhochschule aufgeteilt werden. „Es hat keinen Sinn, die Lehrerausbildung zu zerschneiden“, so der Würzburger. Bis zu 85 Prozent der Berufsschullehrer hätten neben dem Studium ohnehin eine berufliche Lehre hinter sich gebracht.

Probleme habe auch der Landtagsbeschluss nach sich gezogen, demzufolge in Kompetenzzentren eine möglichst starke Konzentration nach fachlichen Schwerpunkten entstehen soll. „Es ist nahezu ein Kuhhandel mit Schülern entstanden mit der Folge eines regelrechten Schülertourismus“,

bemängelte Sauerwein. Bis zu 10 000 Auszubildende würden täglich quer durch ihre Regierungsbezirke reisen, um die Schulstandorte zu erreichen. Der VLB fordert deswegen Kompetenzzentren, die unter einem Dach möglichst alle Stufen der Aus- und Weiterbildung eines Fachbereichs integrieren sollen.

Auch Karl Freller, Staatssekretär im Kultusministerium, sprach sich dafür aus, fachlichen Kompetenzzentren zu schaffen. Durch die effiziente Nutzung von Fachräumen und Fachpersonal könnten die Kosten gesenkt werden. Die derzeit laufende Organisationsreform solle bis spätestens 2008 abgeschlossen sein, versprach der CSU-Politiker. „Wir brauchen leistungsbezogene Bildungspolitik und gerade an den Berufsschulen sind Innovationen nötig“, räumte Freller ein.

Große Versprechungen könne er den Berufsschullehrern allerdings nicht machen, die geplante Überarbeitung des Berufsbildungsgesetzes liege in den Händen der Bundesregierung. In einem stimmte Freller den Berufsschullehrern aber zu: „Es kann nicht länger angehen, dass die in der Berufsschule erbrachten Leistungen für die Berufsabschlussprüfung nicht zählen.“

Passauer Neue Presse, 23. November 2002, Bayernteil.

bereitung und Fortbildung während der Dienstzeit nicht bewältigt werden kann, muss in den Ferien erledigt werden. Das Bild vom Lehrerberuf mit langem Urlaub und vielen freien Nachmittagen erweist sich insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung als völlig verzerrt. Die hohe Belastung der Lehrkräfte führt in sehr vielen Fällen zum berüchtigten Burn-out-Syndrom und darüber hinaus zu handfesten psychosomatischen Erkrankungen. Der VLB appelliert im Hinblick auf diese Problemlage an die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers: Der Staat muss alles tun, um die beschriebene Situation an den beruflichen Schulen zu entkrampfen. Dazu gehört in aller erster Linie eine „Blutaufrischung“ der oftmals stark überalterten Kollegien mit kreativen und motivierten Junglehrern.

*

Mit dem Landtagsbeschluss vom 5. April 01 wurde der Versuch gestartet, die Organisationsstrukturen der beruflichen Schulen im Freistaat zu straffen, indem man sog. Kompetenzzentren bildet. Ziel war eine möglichst starke Konzentration nach fachlichen

Schwerpunkten. Die Umsetzung dieses Landtagsbeschlusses hat in jüngster Zeit viel Ärger und Verdruss über die beruflichen Schulen gebracht, weil sie nicht dessen Intentionen entspricht. Bei den bis heute bekannt gewordenen Veränderungen handelt es sich ausschließlich um Zusammenlegungen möglichst vieler fachlicher Parallelklassen in der Erstausbildung. Nach dem Motto „Gibst du mir, geb' ich dir“ entstand ein ausgesprochener Kuhhandel mit der Folge eines inzwischen richtiggehenden Schülertourismus: Bis zu 10 000 Auszubildende reisen täglich kreuz und quer durch ihre Regierungsbezirke, um die Schulstandorte zu erreichen. Bewährte Ausbildungsstrukturen drohen zu veröden und teure Fachraumausstattungen laufen Gefahr, auf dem Schrotthaufen zu landen. Der VLB fordert Kompetenzzentren für die Aus- und Weiterbildung als Kern einer lernenden Region. Unter einem Dach soll eine solches Kompetenzzentrum möglichst alle Stufen der Aus- und Weiterbildung eines Fachbereichs - von der Erstausbildung also über Techniker- und Meisterausbildung bis hin zu FOS

und BOS - integrieren. Es soll als Bestandteil eines Netzwerkes partnerschaftlich mit allen in der Region agierenden Bildungsträgern der Aus- und Weiterbildung kooperieren. In diesem Zusammenhang kann der VLB nur auf die Praktiken einiger unserer westlichen Nachbarländer verweisen.

*

Der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen ist die Landesvertretung der an Berufsschulen, Berufsfachschulen, Wirtschaftsschulen, Techniker- und Meisterschulen, Fach- und Berufsoberschulen tätigen Lehrkräfte und kann auf einen landesweiten Organisationsgrad von ca. 75% verweisen. In zweijährigem Turnus veranstaltet er mehrtägige Berufsbildungskongresse, bei denen er seine bildungspolitischen Positionen markiert, Lehrerfortbildung betreibt und darüber hinaus einiges zur Pflege des Wir-Gefühls des Berufsstandes tut.

In Passau werden ca. 1500 Teilnehmer erwartet, vorwiegend natürlich Kolleginnen und Kollegen aus dem Freistaat, darüber hinaus aber auch Vertreter aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland.



Forum Bildungspolitik:

„Lehrerbildung muss an der Universität bleiben“

MARTIN RUF

Hans-Wilhelm Thomé, neuer Leiter der Abteilung 7 des Kultusministeriums, bekräftigte dies vor über 200 Zuhörern im Forum Bildungspolitik, das wiederum bewährt und souverän von Alexander Liebel, VLB-Bildungsreferent, moderiert wurde. Neben Thomé diskutierten auf dem Podium Peter Möller, Abteilungsleiter für Ausbildung bei der IHK Passau und VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein.

Liebel dankte zunächst dem Organisationsteam für die hervorragende Vorbereitung dieses Tages und wünschte dem neuen Abteilungsleiter Thomé auch im Sinne des VLB ein glückliche Hand für sein neues Amt.

Als Ziel der Diskussion steuerte er folgende Ergebnisse an:

- Darlegung der Positionen der Podiumsteilnehmer und
- Formulierung der Positionen der Zuhörer zu den angesprochen Themen.

Kompetenzzentren

Bildungspolitischer Dauerbrenner ist die Diskussion um die Kompetenzzentren, die nicht nur den VLB sondern auch den Lehrer vor Ort seit Bad Windsheim sehr beschäftigt. Geradezu ketzerisch war Liebels Frage an den IHK-Vertreter Möller, wie er zu der These stehe, dass Kompetenzzentren nicht nur für die Aus-, sondern auch für die Weiterbildung stehen. Möller zeigte in seiner Replik Verständnis für die Auflösung von Minderklassen, jedoch nicht für den sich abzeichnenden Schülertourismus und sprach sich aus Kammersicht für einen Verbleib der Grundberufe vor Ort aus. Anders dagegen seine Sicht zur Weiterbildung: hier forderte er vehement die Beibehaltung des Privilegs der Aufstiegsfortbildung für die IHK.

Wie die Quadratur des Kreises komme ihm der Landtagsbeschluss zu den Kompetenzzentren vor, so

Hans-Wilhelm Thomé auf die Frage, ob dieser Beschluss nicht ein reiner Sparbeschluss sei. Ziel sei es nach seiner Ansicht, vielmehr eine einvernehmliche Lösung für alle Beteiligten in der Region zu finden. Region bedeute für ihn, dass benachbarte Schulen ein entsprechendes fachliches Profil entwickeln und so alle Interessen zusammenführen. Hier näherte sich Thomé hoffentlich der Position des VLB an, der eine vertikale Gliederung der Kompetenzzentren fordert, wie VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein nochmals ausdrücklich betonte. Dies sei nämlich der wahre Gestaltungsauftrag des VLB zu den Kompetenzzentren, so Sauerwein weiter.

Solange die Nachwehen der Gebietsreform nicht endgültig behoben seien, wird es nach Ansicht von Peter Möller keine wirkliche Lösung des Problems „Kompetenzzentren“ geben, so die Antwort auf die Frage des Moderators, ob denn Schulen geschlossen werden müssen, d. h., dass die IHK ebenso wie das KM letztlich für die Erhaltung des „Flächen-Netzes“ an beruflichen Schulen in Bayern stehe.

Weiterhin problembehaftet ist aus Sicht der Lehrerschaft das Kom-

petenzgerangel, wer für die Einführung der Kompetenzzentren verantwortlich sei. Thomé betonte hier nochmals, dass die verantwortlich sein sollen, bei denen die Kompetenz liege - nämlich die Bezirksregierungen. Die Frage bleibt allerdings, ob letztlich nicht wieder der "Eichel-Ober" sticht und das Ganze von München aus gestaltet wird.

Vereinfacht könnte die ganze Diskussion um den "Schülertourismus" werden, wenn endlich erkannt würde, dass die vertikale Struktur von Kompetenzzentren eine hohe Bindung der Schüler an die Schule hätte, wiederholte Sauerwein. Auch der IHK-Vertreter stimmt hier der Position des VLB zu. Geradezu als "Narretei" bezeichnete Sauerwein die Umsetzung von ganzen Berufsfeldern an andere Schulen

Lehrerbildung

Auf die Frage aus dem Publikum nach dem Lehrerbild der Zukunft antwortete Thomé mit dem eingangs erwähnten Zitat, dass die Lehrerbildung auch zukünftig an der Universität stattfinden müsse. Seitens des VLB wird er hier die volle Unterstützung erfahren. Leicht machte es sich der IHK-Vertreter auf die Frage, was denn der Lehrer der Wirtschaft wert sei mit dem Hinweis, dass sich der Wert wohl auf die Besoldungsdiskussion beziehe und hier die Wirtschaft nicht betroffen



Die Akteure im Gegenlicht, von links Moderator Alexander Liebel (VLB), Peter Möller (IHK Passau), Min. Dirig. Hans Wilhelm Thomé, Hermann Sauerwein (VLB).

sei. Das Auditorium hätte sich hier gerne eine andere Antwort erwünscht.

Positiv wurde die Antwort von Hans-Wilhelm Thomé aufgenommen, dass das Ministerium bei der Besetzung der Schulleiter- und stellvertreterstellen künftig darauf achten wird, dass dies möglichst zeitnah erfolgt. Damit der "Nachfolger bekannt ist, wenn der alte Schulleiter geht", werden alle derzeit bekannten zu besetzenden Stellen im nächsten Amtsblatt ausgeschrieben, damit ein Bewerbungsschluss noch vor Weihnachten stattfinden kann

Lehrerbelastung

Auswirkungen der Diskussion um die Kompetenzzentren sind auf der einen Seite die Beseitigung von Minderklassen - wofür ein allgemeines Verständnis noch aufgebracht werden kann - und zum anderen die "übereichten" Klassen (Klassenstär-

keregelung). Hier wurde von mehreren Diskussionsteilnehmern der Wunsch nach einer flexibleren Handhabung (Budgetierung) seitens des Ministeriums artikuliert. Hans-Wilhelm Thomé zeigte dafür Verständnis, musste allerdings darauf hinweisen, dass damit keine Lehrerbedarfserhöhung einhergehen dürfe. Hier wäre das Ministerium gut beraten, verstärkt den Untersuchungen zur Lehrerbelastung/-gesundheit, z. B. von Prof. Schaarschmidt Beachtung zu schenken.

10% bis 15% eines Schülerjahrgangs – so Thomé – haben keine Lehrstelle erhalten, weil sie keine fanden oder noch nicht berufsreif waren. Das BVJ stelle aber nur eine Notlösung dar. Ansätze zur Lösung zeigte IHK-Vertreter Möller mit der Möglichkeit auf, dass nach der Ausbildung zum Beikoch der ein oder andere Schüler den Koch noch draufsatteln könnte.

Fazit

Zum Abschluss der Diskussion fragte Moderator Alexander Liebel die Podiumsteilnehmer, was sie für die berufliche Bildung tun würden, wenn sie einen Wunsch frei hätten:

Hans-Wilhelm Thomé würde sich wünschen die finanziellen Rahmenbedingungen an beruflichen Schulen zu verbessern.

Peter Möller hatte als Wunschvorstellung eine verbesserte Zusammenarbeit der dualen Partner.

Diesen Steilpass nutzte VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein für seinen Wunsch, dass eine VLB-Forderung - Leistungen der Berufsschule müssen in der Berufsabschlussprüfung berücksichtigt werden - endlich in Erfüllung geht.

Zum Schluss bedankte sich Alexander Liebel bei den Podiumsteilnehmern für die offenen Worte und freute sich, dass sie bei heiklen Fragen mit ihren Antworten nicht gekniffen hätten. 

Forum Dienstrecht – diesmal leider ohne Politiker:

Mehrfach ausgepresste Früchte geben keinen Saft mehr

HERBERT GEIGER

VertreterInnen der Fraktionen des Bayerischen Landtags waren angekündigt, doch das Forum „Dienstrecht im Umbruch“ musste ohne sie auskommen, da zeitgleich andere Veranstaltungen der Parteien stattfanden. So nahmen sich auf dem Podium allein drei Verbandsvertreter, VLB-Dienstrechtsreferent und Moderator Manfred Greubel, VLB-Hauptpersonalrätin Ingrid Heckner und BBB-Vorsitzender Rolf Habermann als Experten des wohl nicht überall geliebten, wiewohl sehr wichtigen „heißen Themas“ an. Der Vorsitzende des BBB, angekündigt als fundierter Kenner der Materie, der sein „Ohr sowohl am Bundestag als auch am Bundesrat hat“, konstatierte gleich zu Beginn: „Es brennt“ und traf damit den Ton der locker im Saal verteilten, dafür aber sehr interessierten und fachkundigen Mitglieder.

Fragen dazu, was aus dem Beamtenstatus wird, ob zukünftig in die Rentenversicherung einzuzahlen ist, wohin die Beihilfe und die Besoldung sich entwickeln sowie das Beurteilungswesen als Dauerthema der letzten Zeit standen zur Debatte. Sie wurden von den beiden eingeladenen Fachleuten unter der Leitung Greubels – so weit es der Stand der Dinge heute zulässt - detailreich und engagiert beantwortet. Angesichts der omnipräsenten Drohung leerer Staatskassen entzündeten sich Auseinandersetzungen über die intendierten Einsparungen von 250 Mio. Euro im Personalbereich via Modifikationen bei Altersteilzeit und in der Beihilfe. Der Vorstoß des Landes Berlin - dank personeller Überbesetzung laut Habermann chronisch finanzschwach - in Richtung „Öffnungsklausel“ mit der Möglichkeit zur Gehaltskürzung durch die Länder um bis zu 10% sei nicht die einzige Be-

drohung des status quo. Auch Weihnachts- und Urlaubsgeldstreichungen würden sich zu spürbaren Einkommenseinbußen auswachsen, so dass die Verbandsarbeit in Richtung Sicherung stabiler Jahreseinkommen zielen müsse. Der Kritik an der Altersteilzeit solle in der Öffentlichkeit gemäß Einwänden aus dem Publikum mit schlagkräftiger Argumentation begegnet werden. Hierzu zählte Ingrid Heckner die positiven Aspekte bzgl. der Gesundheit wie auch des reibungsloseren Verlaufs beim Ausstieg aus dem Berufsleben. Zuhörer unterstellten, dass bei seriöser Quantifizierung aller maßgeblichen Faktoren das Altersteilzeitmodell auch finanziell die günstigere Lösung für den Staat sei. Gewisse Ungereimtheiten beim Blockmodell, aber auch beim Umgang der BS mit dem „Sabatjahr“ können dennoch nicht ignoriert werden. Die Auslandsbeihilfe bleibt ein Problem, dem nur durch Abschluss einer einschlägigen Zusatzversicherung „sicher und preiswert“ beizukommen sei. Dass unser Rentensystem durch Beitragszahlungen der Beamten zu sanieren sei,



Dienstrechtliches unter dem Tagesmotto, von links: VLB-Dienstrechtsexperte Manfred Greubel, stellvertretende VLB-Landesvorsitzende Ingrid Heckner und BBB-Vorsitzender Rolf Habermann.

wird mittlerweile weithin als Illusion angesehen, u.a. da für die fälligen Nachzahlungen keinerlei Rücklagen in den öffentlichen Haushalten vorhanden seien. Auch die immer wieder diskutierte „Entbeamtung“ der Lehrer ist angesichts der Implikationen des finanziellen Übergangs laut Habermann mehr als unwahrscheinlich. Die hartnäckige Bekämpfung der Berliner Öffnungsklausel sei der Öffentlichkeit zwar nur schwer zu

vermitteln. Als Reaktion auf die o.g. angedachten momentanen Einsparungen müsse allerdings „das Halten des Lebenseinkommens“ oberstes Ziel sein. Dazu gehöre auch der Einsatz gegen ein Aufweichen der Besoldungsrichtlinien der Länder. Abschließend waren sich die Gesprächsteilnehmer darüber einig, dass die periodische Beurteilung solange beibehalten wird, bis die Regelbeförderung erfolgt ist. Dafür biete

sie nämlich die beste, weil gleichmäßige und justiziable Voraussetzung für Karriereorientierte. Das neu eingeführte Verfahren müsse jedoch auf den Prüfstand, um dort den Erfordernissen der Berufsgruppen angepasst zu werden. Im Unterschied zu den gemeinsamen Zielvereinbarungen sollte das Mitarbeitergespräch jedoch wegen der befürchteten negativen Auswirkungen auf die Offenheit der Kollegen nicht in die Beurteilung mit eingehen.

Zum Schluss eine kleine persönliche Anmerkung: Als einer, der sich nicht tagtäglich mit dieser fundamentalen Materie innerhalb des Lehrerdaseins befasst, wunderte es mich nach „90 Minuten heftigen Ringens“ nicht mehr, dass angesichts der äußerst komplexen Thematik nicht übermäßig viele Kolleginnen und Kollegen den Weg in die Turnhalle der Karl-Peter-Obermaier-Schule gefunden hatten, man hätte sich einige mehr gewünscht. Um so größere Anerkennung ergeht an die, die sich mit großem Engagement, Kompetenz und Ausdauer diesem doch so wichtigen Bereich widmen. Und der scheint mir bei Manfred Greubel und seinen beiden Mitstreitern von VLB und BBB auf dem Podium – und nicht nur dort – in besten Händen zu liegen. 



*Der VLB wünscht seinen Mitgliedern,
Freunden und Gönnern
ein friedvolles Weihnachtsfest
und einen geruhsamen Jahreswechsel.*

Zur aktuellen Lage an den beruflichen Schulen:

Immer noch Waisenkind der Bildungspolitik



JOSEF KRAUS

Deutschland hat ein sehr leistungsfähiges Berufsbildungssystem. International ist das unumstritten. Viele Länder - nicht nur der zweiten und dritten Welt - wären froh, über Vergleichbares zu verfügen. Dementsprechend pilgern seit Jahren Amerikaner, Japaner, Chinesen und andere durch die Berufsschulen und Ausbildungsstätten zwischen Flensburg und Garmisch. Dass die Quote arbeitsloser junger Menschen fast nirgends so niedrig ist wie in Deutschland, hat mit den Strukturen beruflicher Bildung hier zu tun. Zwar sind auch acht Prozent junge Leute ohne Job immer noch acht Prozent zu viel, aber selbst Länder, die in PISA angeblich weit vor Deutschland liegen, zählen zwanzig und mehr Prozent.

Maßgebliche Stütze des Exportweltmeisters

Wenn der deutsche Wirtschaftsmotor derzeit stottert, dann hat das wenig mit dem Qualifikationssystem zu tun. Schließlich war und ist die berufliche Qualifikation von Millionen Beschäftigten eine maßgebliche Stütze des Exportweltmeisters Deutschland. Andere Länder kennen nur die totale Verschulung der beruflichen Bildung; oder sie machen den Berufseinstieg über ein bloßes „training on the job“. In

Deutschland dagegen nehmen nach wie vor 70 Prozent der jungen Menschen ihren Weg in den Beruf über die berufliche Bildung im dualen System oder im beruflichen Vollzeitschulwesen. Neben den betrieblichen Ausbildungsstätten tragen die Verantwortung hier vor allem die mehr als 8.000 berufsbildenden Schulen in Deutschland mit ihren rund 80.000 Lehrern.

Auf Quote statt auf Qualität fixiert

Gemessen an diesen Fakten, steht die Bildungspolitik in Deutschland jedoch Kopf – ja sie ist auf Verkopfung fixiert. Noch jeder vergangene Zukunftsminister oder jede amtierende Bundesbildungsministerin meint, für eine Steigerung der Abiturientenquote und der Akademikerquote trommeln zu müssen. Der alte Georg Picht feiert offenbar seine Wiedergeburt mit seinem 1963 ausgesprochenen Diktum: „Wir brauchen mehr Abiturienten, auch wenn wir sie nicht brauchen.“ Gekleidet wird diese Forderung heute – wie damals - gerne in internationale Vergleichszahlen. Motto: Wenn die Amerikaner und die Finnen eine Akademikerquote von mehr als vierzig Prozent haben, dann braucht es uns nicht zu wundern, wenn wir mit unseren knapp zwanzig Prozent abgehängt werden. Aber selbst dieses vermeintliche Argument ist nichts anderes als Symptom der Schiefelage deutscher Bildungspolitik. Sie ist schier planwirtschaftlich auf Quantitäten, ja Quoten, statt auf Qualität fixiert. Sonst hätte sie endlich zur Kenntnis genommen, dass „Akademiker“ im internationalen Vergleich eben nicht „Akademiker“ ist. Beispiel: Die deutsche Krankenschwester ist sicher nicht schlechter qualifiziert als ihre Kollegin andernorts, aber andernorts gilt ihre Ausbildung als Hochschulausbildung und sie damit als „Akademikerin“.

Mangel an Wissen über die Berufsbildungsrealität

Dass es in der Bildungspolitik zu solchen Wahrnehmungsverzerrungen kam, hat Gründe, die sich personifizieren lassen. Vor allem drei Berufsgruppen sind daran maßgeblich beteiligt: Politiker, Journalisten und Bildungswissenschaftler. Allen dreien fehlt es in der Mehrzahl an grundlegendem Wissen um Berufsbildungsrealitäten in Deutschland. Man hat selbst das Gymnasium besucht und studiert; dieses kennt, darüber redet und schreibt man. Auf die Probleme der beruflichen Bildung lässt man sich selten ein, diese scheint einem zu undurchsichtig. Zudem hat man im eigenen Umkreis eine Menge an Bekannten mit Kindern, die das Gymnasium besuchen, aber kaum jemanden, dessen Kinder in eine Berufsschule oder Fachschule gehen. Von daher ist es kein Wunder, dass auch Insider beim Aufzählen renommierter, in Sachen Berufsbildung kundiger Politiker, Journalisten und Bildungswissenschaftler jeweils kaum mehr als die Finger einer Hand brauchen. Dabei böte vor allem die Berufsschule auch den sozialpolitisch Orientierten ein reiches Betätigungsfeld, hat es diese Schulform doch mit einer Schülerklientel zu tun, die hinsichtlich Heterogenität jede Hauptschule oder integrierte Gesamtschule weit in den Schatten stellt.

Trotz langer Tradition

Die nach wie vor mangelnde Bereitschaft, berufliche Bildung wahrzunehmen oder gar engagiert anzupacken, verwundert um so mehr, haben doch gerade die Deutschen hier eine lange Tradition. Deutschland – das ist ja nicht nur das Land der Dichter und Denker, sondern auch das Land der großen Pädagogen, auch der großen Berufspädagogen. Aber im Endeffekt besetzt doch immer wieder der deutsche Bildungsidealismus die Köpfe. Das Nützliche galt einem Schiller, einem Humboldt, einem Schleiermacher als etwas Verwerfliches, ja geradezu als das Gegenteil von Bildung. Beruf und Bildung, so meinte man, würden sich gegenseitig ausschließen wie Enge und Weite. Dagegen vermochte nicht ein-

mal ein Kerschensteiner etwas auszurichten, selbst wenn er Goethes Wilhelm Meister im Jahr 1917 leidenschaftlich in einer seiner Schriften mit den Worten zitierte: „Narrenposen sind eure allgemeine Bildung und alle Anstalten dazu. Daß der Mensch etwas ganz entschieden verstehe, vorzüglich leiste, wie nicht leicht ein anderer in der nächsten Umgebung, darauf kommt es an.“

Ein gewaltiger Handlungsbedarf

Wie auch immer die Ignoranz der Politik, der Öffentlichkeit und der Wissenschaft gegenüber Fragen der beruflichen Bildung herzuleiten ist: Es ändert nichts an der Notwendigkeit, sich trotz und wegen PISA verstärkt darum zu kümmern. Ein gewaltiger Handlungsbedarf hat sich aufgestaut, und die Probleme stellen sich in einer solchen Brisanz dar, dass ernsthaft am Fortbestand des Qualitätsanspruchs der beruflichen Bildung in Deutschland gezweifelt werden darf.

Änderung des BBiG

Der größte Handlungsbedarf besteht beim Berufsbildungsgesetz (BBiG) des Bundes. Dessen Novellierung ist überfällig. Vor allem ist die Herstellung einer echten Parität der beiden Ausbildungspartner Betrieb und Schule angezeigt; es ist nicht mehr nachvollziehbar, warum der schulische Part in den Berufsbildungsausschüssen und bei den Abschlussprüfungen nicht gleichberechtigt mit dem betrieblichen Part sein soll, warum also die Berufsschullehrer in den gemischten Gremien ohne Stimmrecht sind. Wie in allen Bildungsbereichen, sollte auch hier der Grundsatz gelten: Wer lehrt, prüft. Außerdem sollten die Abschlüsse der vollzeitschulischen Berufsfachschulen mit den Kammerprüfungen gleichgestellt werden, weil hier die Schule ja zugleich quasi der Betrieb ist. Zudem ist eine Öffnung des Weiterbildungsmarktes für Angebote der beruflichen Schulen fällig. Wenn man sieht, was sich auf diesem Markt an Seichtem tummelt und trotzdem staatliche Gelder - etwa der Arbeitsämter - in Anspruch nehmen kann, dann wäre die Personal- und

Sachkompetenz der beruflichen Schulen als lokale Kompetenzzentren auf dem Weiterbildungsmarkt nur zu begrüßen.

Am allgemeinbildenden Auftrag festhalten

Bei aller notwendigen Neufassung des BBiG sollte aber auch festgehalten werden am allgemeinbildenden Anspruchs der berufsbildenden Schulen. Wir sind gut damit gefahren, dass diese Schulen neben der fachlichen Bildung Wert legen auf eine solide Bildung in Deutsch, Sozialkunde/Politik, Religionslehre/Ethik und – hoffentlich verstärkt – Englisch. Das bedeutet, dass die dreijährige berufliche Bildung keine Verkürzung um ein Jahr und dass die von der Kultusministerkonferenz vorgesehenen zwölf Wochenstunden in der Berufsschule keine Kürzung um auch nur eine Stunde verkraften, wenn Berufsbildung nicht zur Ausbildung von Schmalspurspezialisten verkommen soll.

Beseitigung des Lehrermangels

Am Zug ist der Bund sodann bei der Frage der Einstufung der deutschen Berufsbildungsabschlüsse in der EU-Skala. Hier kündigt sich erneut eine Ungleichbehandlung zu Ungunsten der deutschen Absolventen an. Die deutschen Berufsabschlüsse sollen nämlich auf einer ansteigenden 5er-Skala nur auf Rang 2 angesiedelt werden, während die Abschlüsse anderer Länder, bloß weil sie pro forma als Hochschulabschlüsse definiert sind und trotz zum Teil geringeren Qualitätsanspruchs, darüber eingestuft werden. Die Bundesregierung sollte sich hier in Brüssel auf die Hinterbeine stellen und für die regulären deutschen Berufsabschlüsse Rang 3 sowie für Meisterabschlüsse Rang 4 reklamieren.

Zusätzliches Unterrichtsangebot

Der zweite große Problemkomplex, der einer Lösung harret, ist der fast schon chronische Lehrermangel an berufsbildenden Schulen. Zum einen ist es unter Abiturienten und angehenden Studierenden schlicht und einfach zu wenig bekannt, dass man

die Studienratslaufbahn eben auch in den beruflichen Schulen einschlagen kann; zum zweiten bleibt der Lehrernachwuchs aus, weil das Lehramt insgesamt und das berufliche Lehramt im Besonderen nicht mehr attraktiv und nicht konkurrenzfähig genug gegenüber der freien Wirtschaft ist. Vor allem die potentiellen Junglehrer der kaufmännischen Fächer, der Elektrotechnik und der Metalltechnik finden mit oder ohne Referendariat interessante und weitaus besser dotierte Stellen außerhalb der Schule. Hier bedarf es des Schweißes der findigen Werber, sonst kommt im Zuge der anstehenden Welle an Pensionierungen ein gigantisches Versorgungsproblem auf die beruflichen Schule zu. Nachdenken wird man zum Beispiel müssen, wie ohne Verlust an Qualifikation und Professionalität Seiteneinsteigerprogramme ausgestaltet und wirksam gemacht werden können.

Zusätzliche Unterrichtsangebote

Ansonsten steht und fällt der Qualitätsanspruch der beruflichen Schulen mit der Unterrichtsversorgung bzw. mit ihren Möglichkeiten, eine Schülerschaft differenziert zu beschulen, die vom ehemaligen Sonderschüler bis hin zum ehemaligen Spitzengymnasiasten reicht. Auch können die beruflichen Schulen nicht darauf warten, bis sich die PISA-Ergebnisse der Schüler ihrer Herkunftsschulen verbessert haben. Das heißt, die beruflichen Schulen bräuchten im Grunde jetzt schon zusätzliche Stunden, um Vorbildungsdefizite zu kompensieren. Ein Mehr brauchen speziell die Berufsschulen auch an sozialpädagogischen Möglichkeiten, haben sie doch – ganz anders als die Gymnasien – die gesamte, auch sozial auffällige Schülerklientel in ihren Mauern.

Der Autor ist seit 1987 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes

Wer den Himmel auf Erden sucht, hat im Erdkundeunterricht geschlafen.

Stanislaw Jerzy Les

Mit MdL Prof. Dr. Walter Eykmann im Gespräch:

Anwärtersonderzuschläge im nächsten Jahr



HEIKO POHLMANN

„Für Referendare, die ihren Dienst schon angetreten haben, werden keine Anwärtersonderzuschläge gezahlt“, so Prof. Dr. Walter Eykmann, Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes in einem Gespräch, das kürzlich im Bayerischen Landtag stattfand. Dieses Treffen hatte auf Vorarbeit von Maria Sommerer MdL Max Weichenrieder vermittelt. Für den VLB führte der Referent für Lehrerbildung und Lehrerfortbildung, Heiko Pohlmann, das Gespräch, begleitet von den Referendaren Christine Seidel, Corinna Schwabe, Martin Lang, Christian Steurer und Helmut Strobl.

Diese oben zitierte wichtige Aussage von Dr. Eykmann trübte natürlich die Erwartungen der VLB-Vertretung an diese Runde ungemein, da die Referendare nun weiterhin mit abgesenkten Anwärtersonderzuschlägen ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen.

Bestätigung von kompetenter Seite

Aufsehen erregte bei Dr. Eykmann die Feststellung des VLB Lehrerbildungsreferenten, dass die Anwärtergrundbeträge schon seit vielen Jahren um 25% abgesenkt worden seien. Daran hatte er nicht mehr gedacht, meinte er, ließ sich aber dann telefonisch von kompetenter Seite bestätigen, dass diese Aussage richtig ist. Da es sich dabei aber um das Bundesbesoldungsgesetz und damit ein Bundesgesetz handle, könne der Freistaat hier nicht intervenieren, meinte der Abgeordnete.

Er wisse aber, dass Staatsministerin Monika Hohlmeier das Anliegen des VLB unterstütze und dies in einem Schreiben vom 20. März 2002 an den VLB auch zum Ausdruck gebracht habe. Probleme gäbe es aber in dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, da die dort vertretenen Parteien verschiedene Vorstellungen über die Höhe der Anwärtersonderzuschläge haben. Eykmann hoffe, dass sich alle Parteien in seinem Ausschuss auf einen gemeinsamen Betrag einigen könnten, da dann der Haushaltsausschuss leichter von der Notwendigkeit der Anwärtersonderzuschläge zu überzeugen sei. In diesem Fall könne dann der Freistaat allein entscheiden, da das geänderte Besoldungsstrukturgesetz dies jetzt zulasse.

Die finanzielle Situation dargestellt

In eindrucksvoller Weise konnten die anwesenden Referendare ihre finanziellen Situationen darstellen und mit individuellen Kostenaufstellungen belegen, dass ihre monatlichen Grundkosten ohne Berücksichtigung jedweder Sonderwünsche die Einnahmen bei weitem übersteigen. Sichtlich beeindruckt davon nahm Dr. Eykmann einige Kostenaufstellungen zu sich, um damit an anderer Stelle entsprechend argumentieren zu können.

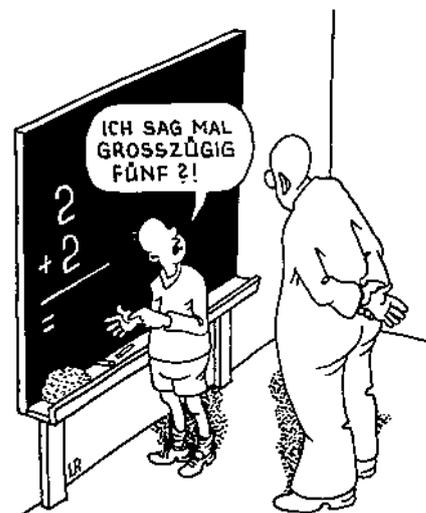
Der Lehrernachwuchs muss über das reguläre Studium kommen

Heiko Pohlmann wies nachdrücklich darauf hin, dass diese abgesenkten Anwärtergrundbeträge

ohne Sonderzuschläge auch gewaltig dazu beitragen, dass in wichtigen Bereichen des beruflichen Schulwesens ein eklatanter Lehrermangel herrscht, der in Zukunft hoffentlich nicht durch Sondermaßnahmen oder Trainee-Programme abgedeckt werden müsse. „Wir wollen“, so der VLB-Vertreter, „dass möglichst viele junge Leute das Studium für das Lehramt an beruflichen Schulen oder den Studiengang als Diplom-Handelslehrer an einer der bayerischen Universitäten beginnen“. In diesem Zusammenhang bat er die Politik um die dabei dringend erforderliche Unterstützung.

Weitere Gespräche in Vorbereitung

Um bei den politischen Abwägungen in den verschiedenen Ausschüssen auch die entsprechenden Ansprechpartner zu haben, bot Dr. Eykmann an, ein Gespräch mit einem wichtigen Mitglied des Haushaltsausschusses zu organisieren. Dies nahm die Delegation des VLB natürlich dankend an, um so für die Referendare der nächsten Prüfungsjahrgänge dann doch noch die Zahlung der von allen befürworteten Anwärtersonderzuschläge zu erreichen. Wir werden selbstverständlich auch über diese Runde berichten, die noch in diesem Jahr stattfinden soll.



Anfrage

- **Schriftliche Anfrage** des Abgeordneten Odenbach (SPD), vom 07.05.2002

Betreuungssituation in den einzelnen Schularten

Ich frage die Staatsregierung:

1. Aktuelle Betreuungsrelationen:

- 1.1 Wie sieht die Betreuungsrelation Schüler: Schulpsychologen jeweils umgerechnet auf Vollzeitstellen
- a) in den einzelnen Schularten
b) in den einzelnen Regierungsbezirken aus?
- 1.2 Wie groß ist die absolute Zahl der eingesetzten Schulpsychologen?
- 1.3 In welcher Zahl gibt es ausgebildete Schulpsychologen, die voll als Lehrkräfte eingesetzt werden?

2. Arten von Schulpsychologen:

- 2.1 Welche Arten von Schulpsychologen sind an Bayerns Schulen im Einsatz?
- 2.2 Wie hoch sind die Anrechnungstunden für die schulpsychologische Arbeit bei den einzelnen Gruppen und Schularten?
- 2.3 Wie viele qualifizierte Schulpsychologen für Aufgaben der Supervision stehen in den einzelnen Schularten zur Verfügung?

3. Regionale Betreuungssituation:

- 3.1 Beabsichtigt die Staatsregierung die anerkannt gute Versorgung mit Schulpsychologen im Regierungsbezirk Oberbayern zum Vorbild für eine analoge Verbesserung der Betreuungssituation in den anderen Regierungsbezirken zu nehmen?
- 3.2. Wenn ja, in welchem zeitlichem Rahmen sind diese Verbesserungen geplant?
- 3.3 Wie soll die Zukunft der bisher kommunal finanzierten Beratungszentren aus der Sicht des Freistaates angesichts der Finanznöte der Gemeinden gesichert werden?

4. Angestrebte Betreuungsrelationen:

Bildet für die Staatsregierung die laut KMK-Vereinbarung von 1973 mit 1:5000 festgelegte Betreuungsrelation



den Maßstab der Versorgung in Bayerns Schulen?

5. Einheitliches Ausbildungskonzept:

- 5.1 Besteht für die schulpsychologischen Dienste im Freistaat, d.h. für den Bereich Schulpsychologen und Beratungsrektoren ein einheitliches Ausbildungskonzept bzw. ist eine einheitliche Struktur für alle Schularten angestrebt?
- 5.2 Welche Zusatzausbildungen sind vorgesehen und wie sollen diese erfolgen, z.B. für Supervisionsaufgaben und für therapeutische Aufgaben?

6. Situation im Volksschulbereich:

- 6.1 Durch welche Überlegungen würde die von Experten als „Einebnung auf dem niedrigsten Level“ bezeichnete vorgenommene Regelung des Einsatzes der Schulpsychologen geleitet?
- 6.2 Wie steht die Staatsregierung zu den Argumenten Betroffener, dadurch sei ihr aufwändiges Studium entwertet worden?
- 6.3 Wie bewertet die Staatsregierung die in diesem Zusammenhang geäußerte Kritik, hier seien Ausbildungsinvestitionen umsonst getätigt, letztlich also Steuergelder umsonst ausgegeben worden?

7. Einschlägige Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen durch die Akademie für Lehrerfortbildung:

- 7.1 Wie viele Personen wurden durch die Akademie für Lehrerfortbildung

seit 1990 in diesem Bereich weiter- bzw. fortgebildet?

- 7.2 Wie sieht der Einsatz der so Weiter- bzw. Fortgebildeten in der Schulpraxis aus?

8. Multiplikatoren:

- 8.1 Welche Ausbildungszahlen sind bei Multiplikatoren für die einzelnen Schularten vorgesehen?
- 8.2 Stehen für alle ausgebildeten Multiplikatoren auch entsprechende Einsatzmöglichkeiten und Anrechnungstunden zur Verfügung (Anzahl)?
- 8.3 Wie wird die Aktivitätsbilanz der Multiplikatoren dokumentiert?

Antwort des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, 20. 8. 2002

...

III. Berufliche Schulen

Zu 1.: Aktuelle Betreuungsrelationen an den staatlichen beruflichen Schulen

Zu den beruflichen Schulen gehören Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachschulen, Fachoberschulen, Berufsoberschulen, Fachakademien und Wirtschaftsschulen.

Zu 1.1: An o. g. Schulen waren im Schuljahr 2000/01 insgesamt 406516 Schüler, an den staatlichen Schulberatungsstellen sind neun Schulpsychologen eingesetzt (siehe Tabelle unten). Ergänzend ist anzuführen, dass es in Bayern ca. 170 Lehrer an staatlichen beruflichen Schulen in der Funktion

Regierungsbezirk	Anzahl der Schüler	Schulpsychologen (Vollzeitstellen)	Anzahl der Schüler pro Schulpsychologe (Vollzeitstelle)
Mittelfranken	62 031	0,25	244 124
Niederbayern	40 057	0,25	160 228
Oberbayern	125 435	0,75	167 247
Oberfranken	38 128	0,25	152 512
Oberpfalz	37 971	0,25	151 884
Schwaben	57 961	0,25	231 844
Unterfranken	44 903	0,25	179 612

Beratungslehrers gibt, die ebenfalls pädagogisch-psychologische Beratungen durchführen können und eine erhebliche Zahl der Schüler und Schülerinnen (ca. 280 000 an Berufsschulen) eine betrieblich Ausbildung absolvieren und in die dortigen Strukturen eingebunden sind.

Zu 1.2: Es sind 9 Schulpsychologen für den beruflichen Bereich an staatlichen Schulberatungsstellen eingesetzt.

Zu 1.3: Dazu liegen keine Daten vor, da diese bisher nicht erhoben wurden:

Zu 2.2: Anzahl der Anrechnungsstunden im Bereich der beruflichen Schulen Die Schulpsychologen aus dem Bereich der beruflichen Schulen sind in der Regel mit sechs Stunden an die neun staatlichen Schulberatungsstellen abgeordnet.

Zu 2.3: Im Bereich der beruflichen Schulen gibt es drei für die Supervision qualifizierte Schulpsychologen.

Zu 7.: Einschlägige Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen durch die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen

Zu 7.1: An der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung wurden

seit 1990 500 Beratungslehrer für alle Schularten ausgebildet. Dazu kommen noch ca. 250 Beratungslehrer, die in sog. Regionalkursen in Zusammenarbeit mit den staatlichen Schulberatungsstellen ausgebildet wurden.

Für den Bereich der psychologischen Beratung wurden in Dillingen seit 1991 65 Supervisoren ausgebildet, die in den jeweiligen Regierungsbezirken in Super- und Intervisionsgruppen arbeiten. Zu 7.2: Da die Ausbildung zum Beratungslehrer in Bayern nur durch das Ablegen eines Staatsexamens möglich ist und durch das Studium nicht unerhebliche Kosten entstehen, wird darauf geachtet, dass jeder qualifizierte Beratungslehrer auch an einer Schule eingesetzt wird. Hier sind von Schulart zu Schulart und von Schule zu Schule Unterschiede in der Zuteilung der zur Verfügung stehenden Anrechnungsstunden zu verzeichnen. Eine Vorschrift über die Zuteilung von Anrechnungsstunden gibt es nicht, doch werden in der Regel 2 Stunden für die Beratung vergeben.

Zu 8.: Multiplikatoren

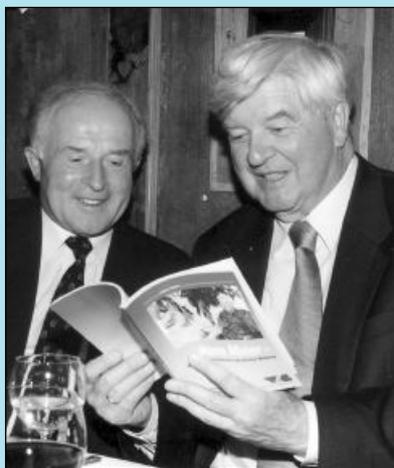
Zu 8.1: Die Ausbildung von Multiplikatoren findet an der Akademie in Dillingen nach aktuellem Bedarf statt. Sie

wird insofern nicht langfristig vorher geplant. Als Beispiel sei die Ausbildung der Multiplikatoren für die schulinterne Lehrerfortbildung Telekommunikation und Multimedia erwähnt. Zu 8.2: Die Multiplikatoren werden, sofern sie für aktuelle Aufgaben ausgebildet wurden, voll eingesetzt und mit der Aufgabe für die erforderlichen Anrechnungsstunden ausgestattet. Multiplikatoren für andauernde Aufgaben (innere Schulentwicklung etc.) werden im sog. Multi-Service geführt und stehen auf Anfrage zur Verfügung. Zu 8.3: Eine systematische Evaluation der in Anspruch genommenen Dienste gibt es (noch) nicht. Viele Schulen haben aber mit Maßnahmen im Bereich von TQM auch die positiven Auswirkungen der Multiplikatoren erfasst. Zukünftig ist geplant, die Auswirkungen von externer Beratung mit spezifischen Messmethoden zu erfassen. Hier werden für den Schulversuch „MODUS 21“ derzeit in Zusammenarbeit mit der Universität München entsprechende Verfahren entwickelt. 

... so lautet der Titel einer Veröffentlichung in der Schriftenreihe des VLB. Anlaß zur Drucklegung war der 70. Geburtstag des ehemaligen bayerischen Kultusministers Prof. Dr. Hans Maier. Unbestreitbar hat Prof. Maier in seiner Amtszeit als Kultusminister der Gleichwertigkeit des beruflichen Bildungsweges mit dem allgemeinbildenden zum Durchbruch verholfen.

Auf rund 180 Seiten im Format DIN A5 würdigt das Werk nicht nur die Verdienste des kämpferischen ehemaligen Kultusministers um die berufliche Bildung und die beruflichen Schulen. Es erläutert auch die bildungshistorischen und bildungspolitischen Hintergründe vom Humanismus bis zu heutigen Positionen. Den großen Nestoren der beruflichen Schulen Georg Kerschensteiner, Aloys Fischer und Eduard Spranger sind eigene Kapitel gewidmet. Ihr Denken und ihre Werke beeinflussten Prof. Dr. Hans Maier nachhaltig. Nicht nur Berufspädago-

„Hans Maier – Wegbereiter moderner beruflicher Bildung“



Autor Hans Huber (links) und Prof. Dr. Hans Maier

gen und andere Freunde der Geistesgeschichte werden die Broschüre mit Genuss lesen. Auch jungen Leuten auf dem Weg zur Lehramtsprüfung kann man deren Lektüre nur empfehlen. Hans Huber, erfahrener Berufsschullehrer, langjähriger Seminarvorstand, Ministerialbeauftragter a.D. VLB-Mitglied und großer Idealist ist Autor dieses Werkes.

Erwerben können Sie die Schrift zum Preis von 7,50 Euro (VLB-Mitglieder 5 Euro) über unsere Geschäftsstelle, Dachauer Straße 4, 80335 München, Telefon 089/595270, Telefax 089/5504443, E-Mail: VLBBayern@aol.com.

Ferienseminar 2002 für Schüler an beruflichen Schulen:

Für herausragende Leistungen belohnt

FRANZ THURNER

Seit 1987 findet für Berufsschülerinnen und Berufsschüler, für Fachoberschülerinnen und Fachoberschüler sowie für Berufsoberschülerinnen und Berufsoberschüler, die sich durch hervorragende Leistungen im Unterricht in Verbindung mit einem besonderen Engagement für die Schulgemeinschaft auszeichnen, ein vom Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus gefördertes Ferienseminar statt. Vergleichbare Veranstaltungen führen auch andere Schularten (Gymnasien, Realschulen, Wirtschaftsschulen und Hauptschulen) in Bayern durch. Die Grundgedanken der Ferienseminare sind, besonders begabten Schülerinnen und Schülern der beruflichen Schulen in Bayern über die Lehrpläne hinaus in besonderen, vorher festgelegten, interdisziplinären (z.B. wirtschaftlich-technischen, kulturellen, musisch-künstlerischen und kreativen, sportlichen und sozialen) Schwerpunktbereichen zu fördern, Kontakte zu Persönlichkeiten aus Politik, Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft herzustellen und so vor allem Denkanstöße für Entwicklung einer wertorientierten und verantwortungsbewusst handelnden Persönlichkeit anzubieten. Zudem sollen die Teilnehmer auch für ihre in der Ausbildung erbrachten Leistungen, ihren Einsatz zur Bereicherung des Schullebens sowie für ihren außerschulischen gesellschaftlichen Einsatz belohnt werden.

Die Regierung von Oberbayern gestaltete 2002 das Ferienseminar vom 02. bis 06. September für Berufsschüler, Fachoberschüler und Berufsoberschüler aus ganz Bayern. Die Regierung von Oberbayern wählte als Ort des Ferienseminars das Zentrum für Umwelt und Kultur der Salesianer Don Boscos in Benediktbeuern aus.

Zentrum für Umwelt und Kultur (ZUK) in Benediktbeuern

Nachdem die Regierung von Oberbayern vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus den Auftrag erhalten hatte, das Ferienseminar durchzuführen, überlegten wir gründlich, wo die Schüler im Regierungsbezirk von Oberbayern neben einer schönen Landschaft mit Bergen und Seen, oberbayerischer Tradition und Kultur beispielhafte Industriebetriebe für Besichtigungen antreffen können. Die Wahl fiel auf Benediktbeuern. Dort ist auch die Jugendbildungsstätte des Zentrums für Umwelt und Kultur (ZUK) der Salesianer Don Boscos beheimatet, wo unser Ferienseminar freundlich aufgenommen wurde.

In seiner mehr als 1260-jährigen Geschichte war das Kloster Benediktbeuern immer ein Ort der Natur und Kultur sowie des naturverbundenen Wirtschaftens. Auf die umliegenden Regionen hat das Kloster bis heute eine starke fördernde Ausstrahlung. Dies gilt in besonderer Weise auch für das 1988 gegründete Zentrum für Umwelt und Kultur (ZUK). Der überzeugende methodisch-didaktische Entwurf des ZUK sensibilisiert junge Menschen für ökologische Fragestellungen und ruft zur Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen auf. Das Ziel der dort wirkenden Ordensgemeinschaft, der Salesianer Don Boscos, ist das glückende Leben junger Menschen. Sie verstehen ihr Tun bewusst als christlichen Einsatz für die Jugendlichen. Somit konnten wir die von uns für das Ferienseminar geprägten Leitziele an diesem Ort gut antreffen.

Ziele des Ferienseminars

Fünf Elemente (Leitziele) waren während der Seminarwoche handlungsleitend:

- Tradition und technischer Fortschritt,
- Gemeinschaft,
- Naturschönheiten wie Berge und Seen,
- Verantwortung für Natur und Umwelt,
- Religiöse Orientierung.

Alle diese fünf Aspekte finden wir bei den Salesianern Don Boscos in Benediktbeuern. Manch einer wird sich fragen, wie wir auf diese fünf Leitgedanken gekommen sind. Vorbild dafür war uns der Art. 131 Abs. 2 der Bayer. Verfassung: „Oberste Bildungsziele sind Erfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen, Selbstbeherrschung, Verantwortungsgefühl und Verantwortungsfreudigkeit, Hilfsbereitschaft und Aufgeschlossen für alles Wahre, Gute und Schöne und Verantwortungsbewusstsein für Natur und Umwelt.“

Programmgestaltung

Als nächstes wurde jeder Tag unter ein bestimmtes Motto gestellt:

Der Montag hatte neben der Einführung und der Begrüßung durch Landrat Nagler und Pater Geißinger, Rektor des ZUK, als Thema: „Der Auftrag der Salesianer Don Boscos.“ Dort versteckte sich das Leitziel religiöse Orientierung, die während der gesamten Woche durch den unmittelbaren Kontakt mit den Patres und Fratres der Salesianer Don Boscos stets gegeben war. Zudem erkundete die Gruppe mit Fahrrädern das umliegende Moor, wo die Teilnehmer einen fachkundigen wie anschaulichen Vortrag über Entstehung und Bedeutung des Moores erhielten.

Am Dienstag beschäftigten sich die Schüler mit „Wirtschaft und Energieversorgung im Wandel“. Konkret wollten wir die Energieversorgung am Beispiel des 1924 fertiggestellten Walchensee-Kraftwerkes einerseits demonstrieren und den Wandel an einem ausführlichen Referat mit Diskussion eines Repräsentanten der EON darstellen. Das Thema Wirtschaft im Wandel erfuhren die Schüler ebenfalls in der Firma Dorst. Aus Tradition handwerk-

licher und mechanischer Werkstätten der Gründerzeit erwuchs in den letzten Jahrzehnten ein Unternehmen mit Technologien für den Maschinen- und Anlagenbau. Mit beispielhafter technischer Kreativität werden in Kochel Verfahren entwickelt, die in der keramischen Industrie und in der Pulvermetallurgie die Fabrikationsmethoden revolutionieren und dort für höchsten Fertigungsstandard sorgen. Von Kochel aus ruderte die Gruppe mit Kanadiern über den Kochelsee zum Walchenseekraftwerk. In der einprägsamen Landschaft durften alle Seminarteilnehmer jetzt selbst Bewegungsenergie einsetzen, um ihre Boote zum Ziel lenken zu können. Dort angekommen, wurde uns in dem neu eröffneten Informationszentrum Geschichte, Wirkweise und Bedeutung des ältesten Speicherkraftwerkes dieser Art vorgeführt.

Auch am Mittwoch setzten sich die Schüler und Schülerinnen mit dem Leitgedanken „Tradition und technischer Fortschritt“ auseinander. Wir nannten das Tagesthema „Leben und arbeiten früher und heute“. Die Vergangenheit der Lebens- und Arbeitsverhältnisse wurden am Beispiel des Freilichtmuseums Glentleiten beeindruckend dargestellt. Wie haben die Bauern und ihr Gesinde, die Kinder und die Alten, die Handwerker und die Tagelöhner gelebt und gewirtschaftet? Darüber gibt das Freilichtmuseum über dem Kochelsee mit Blick auf die Berge und die Voralpenlandschaft reichhaltige Zeugnisse. Mit den Häusern, Ställen und Scheunen sind auch die Gärten von früher wieder entstanden. Wiesen, Ackerflächen und Wald werden in traditioneller Art und Weise bewirtschaftet. Dagegen bewies uns die Firma Roche Diagnostics in Penzberg, welche technischen und medizinischen Fortschritte wir gegenwärtig nutzen können. Am Beispiel der Roche Diagnostics sahen die Schüler, dass die Region südwestlich von München zu den am schnellsten wachsenden Standorten für Biotechnologie in Europa gehört.

Am Abend wurde dieses Thema abgerundet im Referat des Regie-

rungspräsidenten Werner-Hans Böhm: „Oberbayern früher und heute als moderne Region in Europa“.

In seinem sehr lebendigen Vortrag stellte er die rasche wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des größten Regierungsbezirkes der Bundesrepublik vor. Ferner bot er den interessierten und diskussionsfreudigen Schülern einen Einblick in die Aufgaben der Regierung von Oberbayern.

Dr. Stauner, Mitglied des Europäischen Parlamentes, brachte anschaulich und schülernah den Gedanken der Öffnung der in-neuropäischen Grenzen sowie den verstärkten Ausbau von Austauschprogrammen für junge Europäer und den damit verbundenen zunehmenden Abbau administrativer Hemmnisse zum Ausdruck. Ferner erfuhren die Schülerinnen und Schüler, dass in unserer heutigen Gesellschaft Eigenschaften und Fertigkeiten wie Flexibilität, Mobilität, soziale Kompetenz und Fremdsprachenkenntnisse von zunehmender Bedeutung sind. Vor allem die Fähigkeiten, sich in einem anderen kulturellen Umfeld zu recht zu finden und mit Angehörigen anderer Länder oder Kulturkreise umzugehen, werden in unserer globalisierten Welt immer wichtiger. Aber nicht nur im Arbeitsleben, auch privat, gibt es viele Gründe für längere Zeit ins Ausland zu gehen. Es ist einfach spannend, so erfuhren die Schülerinnen und Schüler, bei unseren europäischen Nachbarn unterwegs zu sein. Voneinander abschauen und lernen sei nicht nur erlaubt, sondern geradezu erwünscht.

Donnerstag und Freitag standen unter den Leitthemen Gemeinschaft, Naturschönheiten und Verantwortung für Natur und Umwelt.

Die Gruppe stieg am Donnerstag zur Eibelsfleckhütte. Dort angelangt erhielten sie einen Vortrag von Pater Geißinger über die ökologische Bedeutung des Bergwaldes.

Den Schülerinnen und Schülern wurde bewusst, wie lebensnotwendig für die Menschen der Bergwald ist. Ferner wurden ihnen viele verschiedene Gehölz- und Pflanzenar-

ten erklärt. Nicht nur das Gipfelerlebnis „Benediktenwand“ im internationalen Jahr des Berges, sondern auch das gemeinsame Erlebnis auf der Selbstversorgerhütte Eibelsfleck war für alle beeindruckend. Nachdem die Selbstversorgerhütte ausschließlich von der Solarenergie Strom bezieht, erfuhren die Schülerinnen und Schüler, mit Energie sparsam umzugehen, den Zusammenhang zwischen Energieverbrauch und Energiezufuhr sowie den persönlichen Einsatz für Energie. Denn die Gruppe musste für die Bereitstellung von warmem Wasser selbst mit Holz einheizen. Als die Seminargruppe wieder am Freitag in dem Tagungsraum des Zentrums für Umwelt und Kultur nach Rückkehr von der Benediktenwand zusammentraf, wurde die Woche mit all ihren Programmpunkten sehr positiv bewertet. Sogar einen Monat später schrieb ein Schüler in einer E-Mail an die Regierung von Oberbayern:

„Ich kann nur noch einmal wiederholen, dass diese Woche zu den erlebnisreichsten und wertvollsten Wochen in meinem Leben zählt.“

Schlussbetrachtung:

Der große Erfolg dieses Ferienseminars 2002 war einer Reihe von Faktoren zu verdanken:

Eine große Rolle spielte wie oben schon sehr ausführlich dargestellt die Ortswahl. Die tatkräftige Unterstützung der Salesianer Don Boscos war bei der Programmvorbereitung und Programmdurchführung ein wesentlicher Aspekt für das gute Gelingen dieser Woche. Ferner ist es den sehr guten räumlichen Verhältnissen im Zentrum für Umwelt und Kultur zu verdanken, dass sich die Gruppe immer wieder in einem großzügig gestalteten Tagungsraum zusammenfinden konnte und abends für weiterführende fachliche und andere Diskussionen in einem gemütlichen Stüberl den Tag ausklingen lassen konnte.

Ferner spielte das gute Wetter eine große Rolle, um die wetterabhängigen Programmpunkte, wie Fahrradfahren in das Moor, Kanadier-

tour über den Kochensee zum Walchenseekraftwerk und Bergtour auf die Benediktenwand durchführen zu können.

Die Gruppe zeichnete sich durch sehr hohes Interesse, Disziplin, große Mitverantwortung und Einsatz für die Gemeinschaft aus.

Nicht nur von den Salesianern Don Boscos, sondern auch von den Ansprechpartnern unserer Besichtigungsziele erfuhren wir beste Kooperationsbereitschaft. Schon während der Programm Vorbereitung wurde die Gruppe jeweils zu Führungen und einer kleinen Erfrischung herzlich

eingeladen. Die ursprünglich geplante Zeit der Führung durch die Betriebe wurde immer wieder überzogen, da nicht nur die Schüler sehr großes Interesse an den Betrieben/Museen zeigten, sondern auch die Führer Freude an der lebendigen und teilnahmebereiten Gruppe hatten.

Problematisch war das wetterabhängige Programm. Somit musste ein Parallelprogramm geplant werden, das bei ggf. schlechtem Wetter abgerufen werden musste. Anstatt der Kanadiertour über den Kochensee wurde ein Museumsbesuch in

Murnau eingeplant, der wegen des guten Wetters dann doch nicht stattfand. Anstatt der Bergtour wurde ein Besuch beim Deutschen Museum beabsichtigt, der ebenfalls nicht durchgeführt wurde, da sich ein so herrliches Bergwetter einstellte.

Insgesamt hat sich auch die methodisch-didaktische Planung gut bewährt, da die Schüler jeweils in große Themenkreise eingeführt wurden, diese an konkreten Beispielen erfuhren und diese nochmals abends in Diskussion und Vortrag vertieft werden konnten. 

Von Schülern für Schüler:

Die gelungene Präsentation

NINA VETTER

1. Planung

1.1 Vorüberlegungen die zu treffen sind:

- Was sind die Ziele meiner Präsentation?
- Wer ist die Zielgruppe?
- Wo findet die Präsentation statt?
- Welchen zeitlichen Rahmen habe ich?
- Am besten erstellt man sich dazu eine Checkliste, die zum Beispiel folgendermaßen aussehen kann:

1.2 Material sammeln, auswerten

Material sammeln: aus Büchern,

Zeitschriften, Internet, Informationen zum Thema zusammentragen, schon jetzt sinnvolle Bilder, Grafiken und Abbildungen sammeln. Material begrenzen: als Orientierungshilfe obige Checkliste verwenden (zeitlicher Rahmen, Qualifikation der Teilnehmer, ...).

Sinnvoll ist eine Einteilung des Materials in drei „Haufen“:

1. Was muss in der Präsentation vermittelt werden, womit werden die Hauptziele erreicht!
2. Was kann/sollte vermittelt werden, welche zusätzlichen Informationen sind interessant

3. Das übrige Material fließt nicht mit in die Präsentation ein!

Nachdem der Inhalt so eingegrenzt wurde, erstellt man eine Gliederung. Anhand dieser wird nun der Einsatz der Medien und die Darstellung der Präsentation geplant.

1.3 Methoden der Darstellung

Die Darstellung und die Aufmachung einer Präsentation sind annähernd so wichtig wie ihr Inhalt. Je mehr Sinne während eines Vortrages angesprochen werden, desto besser prägt sich der Inhalt bei den Zuhörern ein. Es ist also immer ein anschaulicher, abwechslungsreicher Vortrag anzustreben.

1.3.1 Der Einsatz von Medien:

Medien müssen immer gezielt und in angemessener Form eingesetzt werden (s. Tabelle nächste Seite).

Diese Medien dienen der Visualisierung von Inhalten, dabei sind einige Regeln bei der Darstellung von Texten, Grafiken, Tabellen, usw. zu beachten:

Knappheit: Bei Text sollte man sich auf Stichwörter begrenzen. Die wichtigen Inhalte werden farbig oder durch Unterstreichen hervorgehoben.

Übersichtlichkeit: Am besten verwendet man nur eine Grafik pro Seite, sonst verlieren die Teilnehmer leicht den Überblick.

Checkliste Ziele, Zielgruppe

Präsentationsthema	
Hauptziel	(z. B. Kurzvorstellung des Produktsortiments)
Nebenziele	(z. B. Überzeugung des Publikums von der Qualität der Produkte, ...)
Teilnehmerzahl	(welche Medien kann man anwenden?)
Alter der Teilnehmer	(bei vorwiegend jüngeren Teilnehmern ist eine lockerere Sprache angebracht)
Fachliche/berufliche Qualifikation der Zuhörer	(hohe Qualifikation: Informationen müssen in die Tiefe gehen; Laien: Vermittlung von Grundlagen)
Örtlichkeiten	
Vorhandene Medien	(es sind nie alle Medien vorhanden!)
Zeiträumen	(Zeitangabe, z. B. 20–30 Minuten)

Die unterschiedlichen Medien und Ihre Merkmale:

Flip-Chart:	<ul style="list-style-type: none"> – kann vorbereitet werden – während dem Vortrag können Themen erarbeitet, entwickelt werden – ein Zurückblättern ist möglich – nur für kleinere Gruppen geeignet, da die Schrift bei größerer Entfernung nicht mehr lesbar ist – technische Pannen sind ausgeschlossen
Pinnwand:	<ul style="list-style-type: none"> – Karten können vorbereitet werden – Sinnvoll um Strukturen oder Entwicklungen darzustellen – nur für kleinere Gruppen geeignet, da die Schrift bei größerer Entfernung nicht mehr lesbar ist – technische Pannen sind ausgeschlossen
Beamer:	<ul style="list-style-type: none"> – Gute Vorbereitung möglich – Technische Voraussetzungen müssen gegeben sein – für viele Teilnehmer geeignet
Overhead-Projektor:	<ul style="list-style-type: none"> – Folien können vorbereitet werden – Für viele Teilnehmer geeignet – Einfache Handhabung

Anschaulichkeit: Zahlen sollten immer grafisch, in Form von Diagrammen (Säulendiagramm, Kreisdiagramm) dargestellt werden. Die Teilnehmer können sich die abstrakten Zahlen so besser einprägen.

1.3.2 Der Einsatz von Kommunikation und Körpersprache

Eine zweite wichtige Methode um eine Präsentation ansprechend zu gestalten und die Zuhörer zu fesseln ist die Kommunikation, bzw. die Körpersprache. Ziel ist es, sich verständlich zu machen und die Aufmerksamkeit der Teilnehmer zu erhalten.

Kommunikation:

- einfach formulieren, keine Schachtelsätze, wenig Fremdwörter
- knapp und präzise bleiben (aber auch nicht im Telegramm-Stil)
- Wichtiges betonen
- den Inhalt logisch und übersichtlich aufbauen
- laut und deutlich sprechen
- Sprechpausen nach wichtigen Themen einlegen
- Viele Beispiele bringen, anschaulich erläutern

Sprechtechnik:

- laut und deutlich sprechen
- Sprechpausen nach wichtigen Themen einlegen

Regeln der Körpersprache:

- lächeln → verbreitet eine positive Atmosphäre

- Blickkontakt mit dem Publikum halten → Teilnehmern fühlen sich angesprochen
- Natürliche, offene Gestik → bewirkt Sympathie

2. Ablauf

2.1 Der Stichwortzettel

Zur Organisation während der Präsentation ist ein Stichwortzettel sinnvoll. Ein ausformuliertes Manuskript sollte nicht verwendet werden, da sonst die Gefahr besteht, dass nur noch abgelesen wird.

Tipps zum Stichwortzettel:

- festes Papier (zittrige Hände fallen nicht auf!)
- DIN A5 oder DIN A6
- Einseitig beschriftet, durchnummeriert, so können die Blätter während der Präsentation nicht durcheinander geraten

2.2 Die Einleitung

Der Einstieg in die Präsentation sollte sorgfältig gewählt werden, sie sollen den Zuhörer neugierig machen und seine Aufmerksamkeit erreichen. „Abgedroschene“ Phrasen zum Beginn sollten möglichst vermieden werden.

Möglichkeiten zum Einstieg sind:

- rhetorische Fragen, z.B. „Wundern wir uns nicht alle über ...?“ → die Zuhörer werden einbezogen
- Anekdote, z.B. „Erst gestern wieder sah ich ...“ → humorvoller

- Einstieg, lockert die Atmosphäre
- Zitat, z.B. „Wie schon ... sagte, ...“ → schließt an die Meinung einer bekannten, angesehenen Person an

2.3 Der Hauptteil

- Der Inhalt muss folgerichtig dargestellt werden
- die Medien müssen an den richtigen Stellen eingesetzt werden
- Rhetorische Mittel der Körpersprache einsetzen

2.4 Der Schluss

Der Schluss eines Vortrages ist fast so wichtig wie die Einleitung, denn der letzte Satz bleibt den Zuhörern am besten im Gedächtnis. Im Schluss sollte das Thema abgerundet werden.

Möglichkeiten zum Abschluss sind:

- Zitat, z.B. „In diesem Sinne schließe ich mich ... an“.
- Konsequenzen ziehen, z.B. „Für uns ergibt sich als Folge ...“
- Kurze Zusammenfassung des Themas, z.B. „Zusammenfassend ergibt sich ...“

3. Tipps gegen Lampenfieber und Blackouts

Gegen Lampenfieber hilft:

- gute, gründliche Vorbereitung
- passendes Äußeres, man muss sich wohl fühlen
- tief und ruhig durchatmen
- positiv denken

Was tun bei Blackouts?

- den letzten Satz wiederholen, dass schafft Zeit zum Überlegen
- zum Blackout stehen, z.B. „Jetzt habe ich doch den Faden verloren“, die Ehrlichkeit kommt meist positiv bei den Zuhörern an
- Ablenken, z.B. „Meine Damen und Herren, Sie haben sich eine Kaffeepause verdient!“, diese Taktik funktioniert natürlich nur bei einer längeren Präsentation

Quellen:

Rudolf Donnert / Marion Sterzenbach: Präsentieren – gewusst wie, Lexika Verlag
 Andreas Lenzen: Präsentieren – Moderieren, Cornelsen Verlag und <http://www.rhetorik.ch>

Der berühmten Dottoressa zum 50. Todestage:

„Hilf mir, es selbst zu tun“

PETER THIEL

Womit beginnen, wenn man Maria Montessori und ihr Werk in Kurzform würdigen möchte? Ein aktueller Anlass dazu ist immerhin gegeben: Es ist der 50. Todestag der Dottoressa in diesem Jahr. Und weil die Diskussion „über die bessere Schule“ gegenwärtig auf vollen Touren läuft, erscheinen ein paar Impulse zur Montessori-Pädagogik durchaus angebracht.

Beginnen wir mit einem Vergleich: „Die herkömmliche Pädagogik“, so sagt Martin Bolkart, der Leiter der Würzburger Montessori-Schule, „betrachtet den Schüler mehr oder weniger als leeres Gefäß, das gefüllt werden muss. Das Kind aber ist wie eine Blumenzwiebel, es trägt alles bereits in sich und der Lehrer leistet nur Hilfestellung zur Entfaltung“.

Pädagogik vom Kinde aus

Maria Montessori gehört in den Kreis der Reformpädagogen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts die „alte Schule“ zu überwinden trachteten und eine „Pädagogik vom Kinde aus“ schufen. Demnach habe sich Erziehung und Unterricht vorrangig an den psychischen und intellektuellen Bedürfnissen, Neigungen und Begabungen des Kindes zu orientieren und nicht an Normen und Zielvorgaben aus der Welt der Erwachsenen. Montessori versteht demgemäß unter „Entwicklung“ einen höchst kreativen Gestaltungsprozess, der vom Kind selbst geleistet werden müsse und zwar in Abhängigkeit und durch Auseinandersetzung mit seiner Umwelt. Die Aufgabe des Pädagogen besteht in einer entsprechenden Unterstützung. „Hilf mir es selbst zu tun“, ist die unausgesprochene Forderung des Kindes an Lehrer und Erzieher.

Mehr als 50 Montessori-Schulen in Bayern

Die folgenden Zeilen sind dem „Schulkonzept“ des bayerischen Montessori-Schulverbandes entnommen, der für mehr als 50 schuli-



Maria Montessori (1870–1952)

sche Einrichtungen im Freistaat zuständig ist: „Maria Montessori hat drei für die Entwicklung des Kindes unerlässliche Faktoren erkannt. Sie ging erstens von der heute als gesichert geltenden Erfahrung aus, dass die Natur den Menschen nicht von Anfang an mit einem voll leistungsfähigen, sondern mit einem im hohen Maße plastischen und auf Erfahrung angewiesenen Gehirn ausgestattet hat. Zweitens hat sie aus eigenen Beobachtungen den richtigen Schluss gezogen, dass die genetischen Potentiale des Menschen ihre volle Funktionsfähigkeit nur innerhalb zeitlich begrenzter, sog. kritischer bzw. sensibler Phasen erlangen und auch dann nur, wenn die zu ihrer Optimierung erforderlichen Umweltfaktoren während dieser Zeit vorrangig und ungestört verfügbar sind und wenn sie exakt den Entwicklungsbedürfnissen entsprechen. Drittens hat sie richtig erkannt, dass die Auf- und Ausbauphase sowohl der höheren Hirnfunktionen als auch der gesamten Persönlichkeit einer anhaltenden Aktivierung bedarf. Bleibt die Aktivierung aus, entfällt die Vernetzung und die Entwicklung bleibt unvollständig“.

Folgende Aspekte bestimmen die konkrete Arbeit in der Montessori-Pädagogik:

Die sensiblen Phasen

Die richtige Bewertung der sensiblen Phasen. Zu diesen sagte die

Dottoressa: „Eine besondere Empfänglichkeit im Kindesalter von vorübergehender Dauer zum Erwerb bestimmter Fähigkeiten. Sobald dies geschehen ist, klingt die Sensibilität wieder ab“. Es gibt diese Perioden sowohl für körperliche, geistige, soziale und moralische Fähigkeiten. In ihnen lernt der junge Mensch freudig und aufgeschlossen; Versäumnisse lassen sich nur schwer und nur in begrenztem Umfang nachholen.

Die Vertiefung in eine Arbeit

Als Polarisation der Aufmerksamkeit bezeichnet Montessori die absolute Vertiefung in eine Arbeit, die Konzentration aller Kräfte auf eine Handlung, wobei die Umwelt vergessen wird. Der Zustand tritt ein, wenn die Lernsituation mit der sensiblen Phase übereinstimmt. Dabei macht das Kind entscheidende Schritte der Reifung.

Innere Ziele

Kinder, so beobachtete Montessori, wiederholen bestimmte Tätigkeit zweckfrei immer wieder. Offensichtlich verfolge diese kindliche „Arbeit“ kein äußeres, sondern eher ein inneres Ziel. Sie erschließt dem kindlichen Geist die Welt, sie dient dem Aufbau der Persönlichkeit. „Die größte Hilfe, die Sie Ihrem Kind geben können, ist die Freiheit, seine eigene Arbeit in seiner eigenen Weise anzupacken, denn in dieser Materie kennt es sich besser als Sie“, sagte Maria Montessori in einem Vortrag.

Normale und deviante Kinder

Ein Kind, das sich nach seinem persönlichen Bauplan entwickeln kann, ist ein normales Kind. Montessori charakterisiert es als ruhig, arbeitsam, selbständig, hilfsbereit, lebenswert. Auf die Erziehung „solcher neuer, freier und verantwortungsbewußter Menschen“ läuft ihre Vision letztendlich hinaus. Wenn Kinder die Möglichkeit zur Entfaltung nach ihrem inneren Entwicklungsplan nicht erhalten, dann zeigen sie Deviationen, Abweichungen, die sich in Destruktivismus, Angst, Unruhe, Unkonzentriertheit, Aggressivität und Feindseligkeit äußern können.

Klare Strukturen

Ebenso wie der Kindergarten bildet die Schule „die vorbereitete Umgebung“, in der die Kinder Hilfen zum Aufbau ihrer Persönlichkeiten - den sensiblen Phasen entsprechend - finden. Diese Umgebung muss einen sehr starken Aufforderungscharakter mit großer Bewegungsfreiheit, vielen interessenbezogenen Lernangeboten und einer klaren und überschaubaren Struktur haben.

Das Material

Ein wesentliches Medium zur Gestaltung der „Umgebung“ ist das „Montessori-Material“. An ihm wird die Besonderheit der Pädagogik offenkundig. Es regt die Kinder an, durch Selbsttätigkeit und in sog. Freiarbeit ihre Persönlichkeit zu formen. „Die Sinne sind die Greifarme des Geistes“, sagte Maria Montessori.

Im Material enthaltene Fehlerkontrollen machen das Kind unabhängig von der Bewertung der Erwachsenen. Montessori beschreibt die Bedeutung des Materials so: „Es soll kein Ersatz für die Welt sein, soll nicht allein die Kenntnis von der Welt vermitteln. Es soll Helfer und Führer sein für die innere Arbeit der Kinder. Das Material ist wie ein Schlüssel zur Welt und nicht mit ihr zu verwechseln“.

Die spezifische Lehrerrolle

An diesen Aspekten wird deutlich, dass die Lehrer- und Erzieherrolle eine ganz spezifische ist. „Hilf mir, es selbst zu tun“ lautet – wie gesagt – der Auftrag des Kindes an den Pädagogen. Diesem Motto gemäß muss er „die Umgebung“ schaffen und pflegen, welche ausschließlich an den Bedürfnissen des Kindes ausgerichtet

ist. Ferner muss er die freie Wahl der Arbeit ermöglichen, die Selbsttätigkeit das handelnde Lernen fördern, Störungen vom arbeitenden Kind fernhalten, die sensiblen Phasen erkennen und auf den Lernrhythmus achten und Beobachter und Helfer des Kindes sein. „Der Pädagoge ist nicht Motor des Lern- und Erziehungsprozesses, sondern Helfer im Selbstaufbauprozess des Kindes“, heißt es in einer Jubiläumsbroschüre der Würzburger Montessori-Schule.

Aufklärungsoptimismus

Maria Montessori tritt zu einem Zeitpunkt in die Geschichte ein, an dem die bürgerliche Gesellschaft anfängt, sich den sozialen Problemen zu stellen. Sie beginnt ihr pädagogisches Werk als Ärztin, als Dottoressa also, wird dann zur Heilpädagogin und schließlich zur weltweit bekannten Vertreterin ihrer spezifischen Erziehungsmethode und Philosophin. In ihren pädagogischen Visionen klingen Aufklärungsoptimismus und ein tiefer Glaube an das Gute im Menschen durch.

Die erste Dottoressa

1870 in Chiaravalle geboren, das liegt in der italienischen Provinz Ancona, stammt sie aus einem gutbürgerlichen Beamtenhaushalt. Ihre Kindheit und Jugend verlebte sie in Rom. Dort wird sie Ärztin. Ihre Biografen weisen darauf hin, dass sie in Italien als die erste Frau gilt, welche in Medizin und speziell in der Chirurgie promoviert. Sie wird Leiterin der Kinderabteilung an der psychiatrischen Universitätsklinik in Rom und setzt sich in tiefer Betroffenheit vom Schicksal der ihr anvertrauten kran-

ken Kinder mit den Schriften und Forschungsergebnissen der französischen Ärzte Gaspard Itard (1775-1838) und Edouard Séguin (1812-1838) auseinander. Diese gelten als Begründer der Heilpädagogik, eine Disziplin, die damals noch stark in den Kinderschuhen steckt. Montessori experimentiert zunächst nach den Methoden Itards und Séguins mit den geistig zurückgebliebenen Kindern, verfeinerte und systematisiert die Verfahren aber und schafft Materialien, mit denen sie die Seelen ihrer Schützlinge stärker zu erreichen sucht.

Schritt in den „Normalbereich“

Zugleich überträgt sie den Einsatz ihrer Materialien auf die Normalerziehung. „Ich machte mir Gedanken über die Gründe, aus denen gesunde Kinder in den gewöhnlichen Schulen auf so geringem Niveau gehalten wurden, dass sie bei Prüfungen der Intelligenz von meinen unglücklichen Schülern eingeholt wurden“, schreibt sie. Im Jahre 1907 wird die Casa dei bambini, das Kinderhaus in Roms Elendsviertel San Lorenzo eröffnet. Hier entwickelte Maria Montessori ihr pädagogisches Konzept und verbreitet es durch engagierte Publikationen, Ausbildungskurse und zahlreiche Vortragsreise in alle Welt. Unter dem Titel „il metodo“ erscheint in dieser Zeit ihr erstes Erfolgsbuch. Darin schildert sie nicht nur ihre „Methode“, sondern berichtet über ihr pädagogisches Experimentalprogramm in San Lorenzo.

Epilog

Maria Montessori ist als „Erfinderin einer neuen Erziehungsmethode“ inzwischen weltberühmt. Ihre Ideen verbreiten sich über ganz Europa und greifen bald auch auf die neue Welt über. „Il metodo“ wird in 20 Sprachen übersetzt. Die Dottoressa ist sehr viel auf Reisen. Die letzten Jahre ihres Lebens verbringt sie in den Niederlanden und in Indien. Unermüdlich beschäftigt sie sich - angesichts des zweiten Weltkriegs - schließlich mit dem Thema „Erziehung zum Frieden“. Im Frühjahr 1952 verstirbt sie im niederländischen Nordwijk aan Zee, wo sich auch ihre letzte Ruhestätte befindet.



Grundschul Kinder bei der Freiarbeit mit dem Montessori-Material. Für die Freiarbeit in Kleingruppen stehen täglich drei Unterrichtsstunden zur Verfügung.

Gefahren aus dem Internet:

Schutz gegen Viren, Hacker, Abzocker

In Zusammenarbeit mit **Computer easy**

MARGIT HOFGÄRTNER

Egal, ob privater Arbeitsrechner oder Schulcomputer: Vor digitalen Eindringlingen sind beide nicht sicher. Hauptgefahr Nr. 1 aus dem Internet sind nach wie vor Viren. Die Plagegeister werden über infizierte Dateien oder E-Mails eingeschleppt und können je nach Agressivität den gesamten Rechner lahm legen. Deshalb sollte jeder PC durch ein Antiviren-Programm geschützt werden, das den E-Mail-Verkehr und andere verdächtige Dateien überprüft. Da ständig neue Viren in den Umlauf gebracht werden, ist es wichtig, das Programm so häufig wie möglich durch aktuelle Viren-Signaturen zu aktualisieren. Diese stellen die Antiviren-Hersteller kostenlos auf ihren Internet-Seiten zur Verfügung.

Eine relativ neue, aber nicht zu unterschätzende Gefahr arm zu werden sind Dialer. Diese Programme versuchen, bereits installierte Internet-Anschlüsse durch teure 0190-Verbindungen zu ersetzen. Dass hier immerhin knapp zwei Euro pro Online-Minute abgerechnet werden, merkt der Betroffene oft erst bei der nächsten Telefonrechnung. Dieser Abzocke schiebt das Schutzprogramm Yaw einen Riegel vor. Das Tool kann kostenlos unter www.chip.de heruntergeladen werden.

Für Vielsurfer ist die Installation einer Firewall Pflicht. Diese Programme überwachen den gesamten Datenverkehr und schützen so gegen Hacker. Das Programm schlägt Alarm, falls Eindringlinge versteckte Programme einschleusen oder Passwörter ausschnüffeln wollen.

Fünf Schutzregeln

- 1. Antiviren-Software**
Installieren Sie auf Ihrem PC eine Antiviren-Software. Aktualisieren Sie diese regelmäßig.
- 2. Notfalldisketten abspeichern**
Vorsorgen für den Ernstfall: Mit dem Antiviren-Programm Notfalldisketten erstellen.
- 3. Programmupdates schützen**
Betriebssystem, Internet Explorer und Outlook durch Updates aktualisieren.
- 4. Dubiose E-Mails löschen**
Keine verdächtigen Anhänge (z.B. Dateiendung .exe) öffnen.
- 5. Makroviren-Schutz aktivieren**
In Word 97 auf „Extras“, „Optionen“, „Allgemein“ klicken, in Word 2000, XP „Extras“, „Makros“, „Sicherheit“.

Norton Antivirus 2003



Info: www.symbantec.de
Preis: ca. 50 Euro
Ausstattung: Prüft ein- und ausgehende E-Mails auf Viren, Würmer & Co. Automatische Updates ein Jahr kostenlos.

- + ausgezeichnete Virenerkennungsrate
- + einfache Handhabung
- + verursacht kaum Fehlalarme

Steganos Security Suite 5.0



Info: www.steganos.de
Preis: ca. 45 Euro
Ausstattung: Verschlüsselt bis zu vier Laufwerke, E-Mails und Anhänge. Mit Internet-Spurenvernichter.

- + auch für Einsteiger geeignet
- + einfache Passwort-Verwaltung
- + sichere Verschlüsselung mit 128 bit

Zone Alarm Pro 3



Info: www.s-a-d.de
Preis: ca. 70 Euro
Ausstattung: Die Firewall blockt Angriffe aus dem Internet ab, eliminiert außerdem Pop-up-Fenster und Banner.

- + schützt vor Viren und Datenspionen
- + Voreinstellungen für maximalen Schutz
- + alle Zugriffe werden protokolliert



- **Kompakt, aktuell, unterrichtsnah**
- Alle 14 Tage das Wichtigste für PC-Anwender!
- 32 Seiten Workshops zum Sammeln
- 16 Seiten vollgepackt mit Tipps & Tricks
- Schritt für Schritt-Anleitungen mit großen Abbildungen
- Alle wichtigen Begriffe erklärt

Ja, ich möchte Computer easy regelmäßig beziehen! Zusätzlich erhalte ich das VLB-Gratis-Paket im Wert von 31,19 Euro.

Vorname/Name Geburtsdatum

Straße/Nr. PLZ/Ort

E-Mail Telefon

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

Bequem und bargeldlos per Bankeinzug Geldinstitut
Konto-Nr. BLZ

per Rechnung

Einfach bestellen: **per Telefon 0781/639 45 31**
per Fax 0781/639 45 27
per E-Mail computer-easy@burdadirect.de
per Post Computer easy Aboservice
Postfach 227 • 77649 Offenburg

Ich möchte Computer easy regelmäßig zum Preis von Euro 2,30 pro Ausgabe für indestens ein Jahr beziehen. Danach kann ich jederzeit beim Computer easy-Aboservice (Postfach 225, D-77649 Offenburg) kündigen. Mit Geld-zurück-Garantie für bereits bezahlte, aber noch nicht gelieferte Ausgaben. Die Auslieferung des VLB-Gratis-Paketes erfolgt sofort nach Zahlungseingang.

Datum Unterschrift 40565AVLBJ

Gratis-Paket

Exklusiv für VLB-Mitglieder:

VLB-Mitglieder erhalten bei Bestellung eines Computer easy-Jahresabos zusätzlich ein Gratis-Paket im Wert von 31,19 Euro:

- **Gratis:** Computer easy Jahres-CD 2001: Alle Kurse, alle Tests uvm. im Wert von 19,99 Euro
- **Gratis:** Computer easy-Sammelordner im Wert von 8,90 Euro
- **Gratis:** Eine Ausgabe von Computer easy im Wert von 2,30 Euro

Einsendeschluss: 31.12. 2002

Mehr Sicherheit an Schulen:

Kommt jetzt Big Brother?

JOHANNES MÜNCH

Nicht alleine als Folge der tragischen Ereignisse von Erfurt und Freising denken Sachaufwandsträger zunehmend über Sicherheitskonzepte in Schulen nach. Was bisher nur in den USA grausame Realität war, holte die deutsche Schuldylle unvorhersehbar ein. Von Evakuierungsplänen bis hin zu Notfallszenarien und Übungen fließen nun mit Hochdruck Szenarien ins Schulleben ein, die einen als Lehrer nicht ohne Grund erschauern lassen.

Gefährdungslage

Auch wenn die Situation speziell an bayerischen Berufsschulen noch beherrschbar erscheint, besteht durchaus ein Gefälle zwischen städtischen und ländlichen Schulstandorten. Dabei stehen nicht exponierte Gewalttaten im Vordergrund, sondern vielmehr alltägliche Kleindelikte von Diebstahl bis Dealer. Doch nicht unsere Schülerschaft ist bis auf einige wenige zu kriminalisieren. Vielmehr üben Schulen scheinbar auch eine magische Anziehungskraft auf zwielichtige Gestalten wie Dealer oder Berufsdiebe aus.

Gegenmaßnahmen

Als effektivster Schutz vor Kriminellen in der Schule erweist sich eine gelebte Präsenz der Lehrerschaft als wirksam. Höfliche Gesten wie die Frage an einen Schulfremden, ob man ihm helfen könne, verstärkte Aufsichten in Pausen und das aktive Interesse von Lehrern, was im Schulhaus und mit Schülern geschieht, sind einfache, schnelle und effektive Mittel zur Gefahrenabwehr.

Hilfsmittel

Auch wenn der amerikanische Bruder in vielen Dingen vorbildhaft



zu sein scheint, in Sachen Schule sind amerikanische Zustände nicht wünschenswert. So scheint der schuleigene Sicherheitsmann am Eingang, die allmorgentliche Kontrolle von Schülern nach Waffen oder das Durchleuchten von Schultaschen vor dem Einlass in die Schule im Bereich der Berufsschulen glücklicherweise noch weit entfernt. Doch muss nicht zuletzt auch im Interesse unserer Schüler diskutiert werden, ob nicht geeignete vor einem Ernstfall einzuführen sind.

Videoüberwachung

Die Webcam, die bisher von vielen nur als Spielerei im Internet gesehen wurde, gewinnt in diesem Zusammenhang in zwischenzeitlich vernetzten Schulhäuser als kostengünstige Alternative zu teuren Videoüberwachungssystemen an Bedeutung. Überwacht werden soll dabei nicht ein ganzes Schulhaus, sondern in Absprache mit dem Per-

sonalrat vielmehr Brennpunkte wie entfernt gelegene Eingänge oder bekannte „dubiose“ Treffpunkte.

Praxistest Axis 2100

Die von der Redaktion getestete schwedische Webcam AXIS 2100 kann gleichermaßen im internen Schulnetzwerk und im Internet eingesetzt werden. Sie überträgt Videodaten mit dem verbreiteten Netzwerkprotokoll TCP/IP. Mit einem Standardbrowser (Internet Explorer) können Livebilder über den eingebauten Internet-Server von jedem PC im Netzwerk und auch im Internet aufgerufen werden. Von außerhalb ist die Kamera auch über eine ISDN-Leitung erreichbar, so dass auch die Möglichkeit zur Fernüberwachung besteht. Die Einrichtung war mit Eingabe einer Befehlszeile absolut problemlos. Eine Option zur Nachrüstung mit Mikrofon und Bewegungsmelder ist vorgesehen.

Im Test wurden die Überwachung eines entfernten Gebäudeeingangs über ein 100-Mbit-Netzwerk simuliert. Sowohl mit einer Auflösung von 320 x 240, als auch bei 640 x 480 Pixel wurden gestochen scharfe und ruckfreie Videobilder über eine Distanz von 400 m übertragen.

Bei ungünstiger Beleuchtung stellt sich die Kamera automatisch so ein, dass auch dann die Bilder klar erkennbar bleiben. Mit der mitgelieferten Software besteht zusätzlich die Möglichkeit, beispielsweise zwischen verschiedenen Kameras automatisch umzuschalten oder Bilder für den Fall der Fälle auf einem Server zu archivieren. Das circa 500,00 Euro teure Gerät erscheint als eine praktikable Lösung, Brennpunkte in Schulen selektiv zu überwachen. Doch nicht nur die Betrachtung der Videoaufzeichnungen, sondern alleine das Vorhandensein derartiger Technik könnte so manchen Unredlichen vom Schulbesuch abhalten.

Allen Skeptikern vorab erwidert: Kameras in Klassenzimmern sind nicht notwendig, dort hat die Lehrkraft ja noch das Ruder in der Hand!

Bezirks- und Kreisverbände

Pfingstfahrt 2003 nach Oberitalien

Wiege der Einheit Italiens – Heimat großer Weine – industrielles Zentrum – Fußballhochburg – oberitalienische Seen – größtes Reisanbaugebiet Europas – hochalpine Parade-Landschaft – kulturhistorisches Juwel: Wo erleben Sie dies alles zusammen?

Natürlich auf der Pfingstfahrt 2003 des Bezirksverbandes Unterfranken

Gottfried Berger hat – in Abstimmung mit den Wünschen der begeisterten Teilnehmer der Romfahrt – das Piemont als Ziel der schon traditionellen Pfingstreise ausgesucht.

Reisetermin: Sonntag, 08. Juni bis Sonntag, 15. Juni 2003

Reiseweg: Abfahrt in Schweinfurt um 4:00 Uhr mit Zustieg in Würzburg um 5:00 Uhr mit weiteren zu vereinbarenden Zustiegemöglichkeiten auf dem Weg über Heilbronn – Basel – Bern – Großer St. Bernhard nach Aosta, dort Übernachtung im Hotel Bus und am Pfingstmontag Stadtbesichtigung, auf der Weiterfahrt Besuch von Burg Issogne (falls geöffnet) und Ivrea

Leistungen: Fahrt im modernen Fernreisebus mit Klimaanlage etc., insgesamt 7 Übernachtungen in guten Mittelklassehotels, jeweils incl. Frühstücksbüfett und Abendessen.
Im Preis inbegriffen sind neben der Reiseleitung tägliche fachkundige kunst- und kulturgeschichtliche Führungen durch den Kollegen Berger. Eingeschlossen sind die Eintrittspreise.

Reisepreis: pro Person im DZ (EZ-Zuschlag jeweils 150 Euro):
ab 20 Teilnehmer: 875 Euro
ab 30 Teilnehmer: 760 Euro
ab 40 Teilnehmern: 695 Euro

Anmeldung: Bitte melden Sie sich umgehend bis spätestens 31. März 2003 bei Gottfried Berger an (Adresse s. unten).
Das Anmeldeformular erhalten Sie von Ihrer örtlichen VLB-Kontaktperson, Interessierte Nicht-Unterfranken und „Senioren“ erhalten das Anmeldeformular bei:
Gottfried Berger, Hüttenweg 14, 97080 Würzburg,
Tel. / Fax: (09 31) 9 19 06, Email: gk.berger@gmx.de

BIBB: E-Learning im Arbeitsprozess wenig genutzt

Das E-Learning wird zwar viel diskutiert, im realen betrieblichen Arbeitsprozess aber nur selten genutzt. Ein Grund ist, dass viele Arbeitsplätze für das computer-, tele- und auch netzgestützte Lernen nur bedingt oder gar nicht geeignet sind. Dies ist ein Ergebnis der Studie „Lernförderliche Gestaltung von Facharbeiterplätzen durch Medien am Beispiel E-Learning“ des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BIBB) in Bonn.

Besonders im gewerblich-technischen Bereich böten die Arbeitsplätze überwiegend schlechte Voraussetzungen für arbeitsplatznahe E-Learning-Lösungen, ergab die Befragung. Hier fehlten die zeitlichen Freiräume, die geeignete Lernumgebung, vor allem aber der Zugang zum Intranet beziehungsweise zum Internet. Bemerkenswert sei jedoch, dass in Betrieben, die E-Learning einsetzen, bereits zu über 50 Prozent mit Hilfe elektronischer Medien direkt am Arbeitsplatz gelernt werde, teilte das BIBB mit.

Die Einführung und Nutzung von E-Learning sei auch abhängig von der Größe eines Betriebes. Insbesondere in kleineren und mittelständischen Unternehmen werde es kaum eingesetzt. Der wichtigste Grund für Betriebe, E-Learning nicht einzuführen, sei die mangelnde Erfahrung mit dieser neuen Lernform. 75 Prozent der Befragten wünschten sich als Planungs- und Entscheidungshilfen kommentierte Beispiele aus der Praxis.

Internet: Bundesinstitut für Berufsbildung: www.bibb.de

Senioren

Senioren-Service

Wer je den Tod eines ihm Nahestehenden nicht nur zu verkraften, sondern auch „abzuwickeln“ hatte, weiß um die Tücken der Daten- und Unterlagenbeschaffung. Ein Segen, wenn der Verstorbene „vorgesorgt“ hatte. Hier sollen heute zwei Hilfen dazu vorgestellt werden:

1. Die elektronische Vorsorge-Mappe:

CD-ROM, ISBN 3-8029-1335-3, 29,90 Euro. Walhalla Fachverlag, Haus an der Eisernen Brücke, 93059 Regensburg, Telefon: (09 41) 5 68 41 00, Telefax: (09 41) 5 68 41 11, <http://www.walhalla.de>, E-Mail: walhalla@walhalla.de

Die elektronische Vorsorge-Mappe „Für den Krankheits- und Todesfall, Checklisten, Arbeitsblätter, Musterbriefe, Dokumente. Mit der Vorsorgemappe lassen sich Vorsorgewünsche gezielt organisieren: Die praxisorientierten Formulare können ausgefüllt, abgespeichert, ausgedruckt und bei Bedarf erweitert werden. Darüber hinaus gibt es viele Musterbriefe zur Übernahme in die eigene Textverarbeitung ...“

Systemvoraussetzungen:

- Installierter Internet-Browser. Wenn Sie den Internet-Browser von der CD-ROM installieren müssen:
- PC mit Prozessor ab 486,
- Windows 95/98/NT,
- Mindestens 16 MB RAM, mind. 80 MB freie Festplattenkapazität.

Aus dem Inhalt (Vordrucke)

A Persönliche Angaben

- zur eigenen Person
- Angaben zur Familie
- Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden

B Vermögensanalyse

- Einkommen

- Alters- und Hinterbliebenenversorgung
- Vermögensrechte und -anlagen
- Versicherungen und Sparverträge
- Verbindlichkeiten
- Daueraufträge und Einzugsermächtigungen

C Maßnahmen bei lebensbedrohlicher Krankheit

- Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben
- Regelung laufender Angelegenheiten
- Anweisungen und Hinweise

D Informationen für den Todesfall

- Sofortmaßnahmen im

E Dokumente, Urkunden

- Persönliche Ausweise, Letztwillige Verfügungen und persönliche Verträge

F Musterbriefe, Musterdokumente und Orientierungshilfen

Beurteilung: Sehr, sehr ausführlich – pensionszeitausfüllend; für Perfektionisten.

2. Mein letzter Wille

Trauerhilfe DENK;
kostenlos anzufordern bei:
Trauerhilfe DENK, St. Bonifatiusstraße 8, 81541 München
Tel. 089/6 20 10 50,
Fax 089/62 01 05 29
Internet:
<http://www.trauerhilfe-denk.de>
oder
<http://www.trauervorsorge.de>
E-Mail:
trauerhilfe-denk@t-online.de

Informationen zu:

Bestattungsvorsorgeauftrag, Sicherung der Bestattungskosten, Testament, Erbschaftssteuer.

Formulare für:

Patientenverfügung und Organspende, Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung, Autobiographie, Mein letzter Wille.

Beurteilung:

Das Wichtigste – kostenlos – für Pragmatiker. *Berthold Schuller*

Der VLB-Seniorenbeauftragte informiert (Teil 1) über Probleme ...

... beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen (Pensionen) mit Erwerbs- und Erwerb ersatzeinkommen (II),

... beim Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge (Pensionen) (III),

... beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen (Pensionen) mit Renten (IV),

... im Zusammenhang mit Witwen- bzw. Witwergeld (V).

Seniorenveranstaltungen zeigen, dass über o.g. Themenkreise viele Unklarheiten bestehen. Bei der Einarbeitung in die Materie offenbaren sich in der Tat oft verwirrende Rechtsvorschriften. Das liegt – nachvollziehbar – in der Tatsache, dass die Vielfalt der Lebenssituationen rechtssystematisch erfasst werden sollen/müssen. Im Folgenden können nur die Grundstrukturen der Materie dargestellt werden.

Rechtsverbindliche Auskünfte und Berechnungen in Einzelfällen können nur die Bezirksfinanzdirektionen bzw. die Besoldungsstellen der Kommunen geben.

Hilfreich für „einfache“ Berechnungen von zu erwartenden oder zur Überprüfung von gezahlten Versorgungsbeträgen – in der Regel ohne die hier in Rede stehenden Zusammentreff-Komplikationen – kann auch der Kontakt zum VLB-Referenten für Dienstrecht, Kollege Manfred Greubel, Händelstraße 25, 90571 Schwaig, Tel. priv. 09 11/ 50 89 76 sein. Er verfügt über ein entsprechendes Berechnungs-Programm.

Rechtsgrundlagen

Massgebend ist das Beamtenversorgungsgesetz (BeamtenVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1999 (BGBl I S. 322/ 847/2033). Wesentlich sind hier die §§ 53, 54 und 55 (vgl. unten).

I Allgemeines – Grundsätzliche Regelungen

1. Für Witwen und Witwer gelten die gleichen Vorschriften (§ 28). Die frühere Regelung, derzufolge der Versorgungsanspruch des Witwers dem Grunde und der Höhe nach vom Bestehen eines gesetzlichen Unterhaltsanspruchs des Witwers gegen seine verstorbene Ehefrau abhängig war, ist mit Blick auf das Alimentationsprinzip wegen Verstosses gegen Art. 3 (2 und 3) GG verfassungswidrig.
2. Verfügt ein Versorgungsempfänger (Pensionsberechtigter) über weiteres Einkommen, so soll durch Kürzung der Versorgungsbezüge bis zu einer bestimmten Höchstgrenze (= teilweises oder gänzlich Ruhe der Versorgung/Pension) eine Über- oder Doppelversorgung vermieden werden.
„Ruhe“ bedeutet, dass der Anspruch auf Zahlung des wegen Überschreitung der Höchstgrenze ruhenden Teils entfällt. Es handelt sich dabei nicht um einen Zahlungsaufschub, sondern um Zahlungsverlust. Der materielle Versorgungsanspruch und die Rechtsstellung des Versorgungsberechtigten bleiben unberührt.
3. Die Höchstgrenze entspricht in der Regel nicht dem „aktuellen“ Ruhegehalt (das Ruhegehalt, das ohne das Vorliegen von „Zusammentreffs-Fällen“ gezahlt wird oder zu zahlen wäre); die Höchstgrenze muss eigens berechnet werden und übersteigt in der Regel das aktuelle Ruhegehalt.
4. Eventuelle Kürzungen werden immer aus den Versorgungsbezügen (Pensionen) vorgenommen. Auf andere Einkünfte hat das Beamtengesetz keinen Zugriff.

II Zusammentreffen von Versorgungsbezügen (Pensionen) mit Erwerbs- und Erwerb ersatzeinkommen

Einschlägig im wesentlichen § 53 BeamtenVG:

§ 53 Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen.

(1) Bezieht ein Versorgungsberechtigter Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen (Absatz 7), erhält er daneben seine Versorgungsbezüge nur bis zum Erreichen der in Absatz 2 bezeichneten Höchstgrenze.

(2) Als Höchstgrenze gelten

1. für Ruhestandsbeamte und Witwen die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, mindestens ein Betrag in Höhe des Eineinhalbfachen der jeweils ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 4, zuzüglich des jeweils zustehenden Unterschiedsbetrages nach § 50 Abs. 1,
2. für Waisen vierzig vom Hundert des Betrages, der sich nach Nummer 1 unter Berücksichtigung des ihnen zustehenden Unterschiedsbetrages nach § 50 Abs. 1 ergibt,
3. für Ruhestandsbeamte, die wegen Dienstunfähigkeit, die nicht auf einem Dienstunfall beruht, oder nach § 42 Abs. 4 Nr. 1 des Bundesbeamtengesetzes oder entsprechendem Landesrecht in den Ruhestand getreten sind, bis zum Ablauf des Monats, in dem das fünf- undsechzigste (ab 1. 1. 2003: 65.) Lebensjahr vollendet wird, fünf- undsiebzig (ab 1. 1. 2003: 71,75) vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, mindestens ein Betrag in Höhe des Eineinhalbfachen der jeweils ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 4, zuzüglich des jeweils zustehenden Unterschiedsbetrages nach § 50 Abs. 1 sowie 325 Euro.

(3) Die Höchstgrenze nach Absatz 2 ist für den Monat Juli um den Betrag des Urlaubsgeldes nach § 4 des Urlaubsgeldgesetzes zu erhöhen. Entsprechende Leistungen, die der Versorgungsberechtigte aus

einer Erwerbstätigkeit erhält, sind im Monat Juli zu berücksichtigen.

(4) Die Höchstgrenze nach Absatz 2 ist für den Monat Dezember nach Maßgabe des § 23 Satz 4 des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung zu erhöhen. Entsprechende Leistungen, die der Versorgungsberechtigte aus einer Erwerbstätigkeit erhält, sind im Monat Dezember zu berücksichtigen.

(5) Dem Versorgungsberechtigten ist mindestens ein Betrag in Höhe von 20 vom Hundert seines jeweiligen Versorgungsbezuges (§ 2) zu belassen. Satz 1 gilt nicht beim Bezug von Verwendungseinkommen, das mindestens aus derselben Besoldungsgruppe oder einer vergleichbaren Vergütungsgruppe berechnet wird, aus der sich auch die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bestimmen. Für sonstiges in der Höhe vergleichbares Verwendungseinkommen gelten Satz 2 und Absatz 7 Satz 5 entsprechend.

(6) Bei der Ruhensberechnung für einen früheren Beamten oder früheren Ruhestandsbeamten, der Anspruch auf Versorgung nach § 38 hat, ist mindestens ein Betrag als Versorgung zu belassen, der unter Berücksichtigung seiner Minderung der Erwerbsfähigkeit infolge des Dienstunfalles dem Unfallausgleich entspricht. Dies gilt nicht, wenn wegen desselben Unfalls Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz zusteht.

(7) Erwerbseinkommen sind Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit einschließlich Abfindungen, aus selbständiger Arbeit sowie aus Gewerbebetrieb und aus Land- und Forstwirtschaft. Nicht als Erwerbseinkommen gelten Aufwandsentschädigungen, ein Unfallausgleich (§ 35) sowie Einkünfte aus Tätigkeiten, die nach Art und Umfang Nebentätigkeiten im Sinne des § 42 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 des Beamtenrechtsrahmengesetzes entsprechen. Erwerbsersatzeinkommen sind Leistungen, die auf Grund oder in entsprechender Anwendung öffentlich-rechtlicher Vorschriften kurzfristig

erbracht werden, um Erwerbseinkommen zu ersetzen (§ 18a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch). Die Berücksichtigung des Erwerbs- und des Erwerbsersatzeinkommens erfolgt monatsbezogen. Wird Einkommen nicht in Monatsbeträgen erzielt, ist das Einkommen des Kalenderjahres, geteilt durch zwölf Kalendermonate, anzusetzen.

(8) Nach Ablauf des Monats, in dem der Versorgungsberechtigte das fünf- undsechzigste Lebensjahr vollendet, gelten die Absätze 1 bis 7 nur für Erwerbseinkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst (Verwendungseinkommen). Dies ist jede Beschäftigung im Dienst von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des deutschen öffentlichen Rechts oder ihrer Verbände; ausgenommen ist die Beschäftigung bei öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften oder ihren Verbänden. Der Verwendung im öffentlichen Dienst steht gleich die Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, an der eine Körperschaft oder ein Verband im Sinne des Satzes 2 durch Zahlung von Beiträgen oder Zuschüssen oder in anderer Weise beteiligt ist. Ob die Voraussetzungen zutreffen, entscheidet auf Antrag der zuständigen Stelle oder des Versorgungsberechtigten das für das Versorgungsrecht zuständige Ministerium oder die von ihm bestimmte Stelle.

(9) Bezieht ein Wahlbeamter auf Zeit im Ruhestand neben seinen Versorgungsbezügen Verwendungseinkommen nach Absatz 8, findet anstelle der Absätze 1 bis 8 § 53 in der bis zum 31. Dezember 1998 geltenden Fassung Anwendung. Satz 1 gilt entsprechend für Hinterbliebene.

(10) Bezieht ein Beamter im einstweiligen Ruhestand Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen nach Absatz 7, das nicht Verwendungseinkommen nach Abs. 8 ist, ruhen die Versorgungsbezüge um fünfzig vom Hundert des Betrages, um den sie und das Einkommen die Höchstgrenze übersteigen.

Erwerbseinkommen (Art. 7, Satz 1)

Einkünfte aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung sowie sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 EStG gehören demnach nicht zum Erwerbseinkommen. Ausdrücklich auch Aufwandsentschädigungen (aus öffentlichen Kassen) für Aufwand, auch Verdienstausfall und Zeitverlust geleistete Zahlungen, Unfallausgleich, sowie Einkünfte aus wissenschaftlicher, künstlerischer oder Vortragstätigkeit des Ruhestandsbeamten, der Ruhestandsbeamtin.

Erwerbsersatz Einkommen (Art. 7, Satz 3.)

Hinter dem Verweis § 18a, Abs. 3, Satz 1 Nr. 1 des 4. Bundes-Sozialgesetzbuches verbergen sich Krankengeld, Verletztengeld, Versorgungskrankengeld, Mutterschaftsgeld, Übergangsgeld, Unterhaltsgeld, Kurzarbeitergeld, Insolvenzgeld und vergleichbare Leistungen. Nicht dazu gehören (als Fürsorgeleistung) Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Kriegsoferleistungen.

Verwendungseinkommen

„Verwendung“ bedeutet Beschäftigung im Rahmen eines abhängigen Dienst- oder Arbeitsverhältnisses, in dem Art und Weise der Tätigkeit sowie Zeit und Ort nicht selbst bestimmt werden können. Keine „Verwendung“ liegt demnach vor z.B. bei der Tätigkeit als Gutachter oder Sachverständiger auf Grund eines Werkvertrages, als nebenberuflicher Prüfer, auf Grund eines Beratervertrages, als Mitglied eines Gemeinderates ...

Höchstgrenze (Kürzungsgrenze)

Die Höchstgrenze (Kürzungsgrenze), die durch Addition der Versorgungsbezüge und des (weiteren) Einkommens „versorgungsschädlich“ erreicht werden darf, ist nach Abs. 2 unterschiedlich bestimmt für Ruhestandsbeamte und Witwen/Witwer, für Waisen und modifiziert für Ruhestandsbeamte, die wegen nicht auf Dienstunfall beruhender Dienstunfähigkeit in den Ruhestand getreten sind (Berechnungsmodus vgl. Gesetzestext).

Mindestbelassungsbetrag

Nach Art. 53, Abs. 5 ist den Versorgungsempfängern grundsätzlich mindestens ein Betrag in Höhe von

20 % des jeweiligen Versorgungsbezugs zu belassen – eine „Rest-Alimentation“ bleibt dadurch erhalten.

*Berthold Schullter
(Fortsetzung folgt)*

Ein Abschiedsgeschenk“ von Othmar Doleschal:

Im Land der weiten Horizonte

Kennen Sie Eski Gümüs? Haben Sie dieses wundervolle Felsenkloster mit den beeindruckenden Wandmalereien gesehen, diese lächelnde Maria mit dem fröhlichen Jesuskind und den besänftigenden Erzengel Gabriel gegenüber? Haben Sie den Felsenhof und die Gewölbe mit den Gängen und Nebenräumen dieser Klosteranlage betreten, die den ganzen Bimssteinstock vereinnehmen? Oder waren Sie vielleicht noch garnicht in der Türkei?

Dann hätten Sie bei dieser – inoffiziellen – Reise der VLB-Senioren im Oktober dieses Jahres dabei sein sollen. Inoffiziell deshalb, weil sie ja ein „Abschiedsgeschenk“ von Othmar Doleschal an seine treuen Reisebegleiter aus den Fahrten der vergangenen Jahre war, die quer durch Europa von der Slowakei bis in die Bretagne führten. Er löste damit ein Versprechen ein, das er uns am letzten Abend in der Bretagne gab, als er sich von der Tätigkeit als Reiseorganisator des VLB verabschiedete. Er stand damals selbst noch unter den Eindrücken einer Türkeireise und meinte diese Begeisterung weitergeben zu können. Es ist ihm bestens gelungen und wir danken ihm dafür sehr.

Eine elftägige Reise in und durch die Türkei kann von diesem herrlichen Land nur Bruchteile bieten. Wo soll man beginnen, was darf man weglassen? Wir entschlossen uns für den historischen Weg, begannen mit den Hethitern in der Bronzezeit, folgten den ersten Christen in ihre Felsenhöhlen in Kappadokien, bewunderten Bauwerke und Kultur der Seldschuken, ließen uns von den Schöpfungen des Islam beeindrucken und teilten das

Leben und Wirken der modernen Türkei.

Das folgte diesem Ablauf: Als Einführung sozusagen begannen wir in der Hauptstadt Ankara mit der weiten Spanne vom hervorragenden Museum für anatolische Zivilisationen, einer Perle unter den Museen der Welt, über die Spuren der Römer bis zum Mausoleum Atatürks. Das gab den Überblick, dem die Details folgten: die Begehung der Hethiterstadt Hattuscha mit ihren Toren, der gewaltigen Mauer, dem Tempel und der Festung – dem Besuch der Totenstelle Yazilikaya – die Wanderung an der Felsenkirche Kappadokiens entlang (zu denen das eingangs erwähnte Kloster gehört) – die Berührung mit den assyrischen Kaufleuten bei den Grabungsstätten in Kültepe bei Kaiseri – die Verbeugung beim Besuch einer unterirdischen Stadt – das Staunen vor der Größe der Karawansereien, z. B. der Sultanhani – das Ergriffensein vor den Resten der (wohl) ältesten Stadt der Menschheit in Gatal Höyük – das Bewundern der islamischen Kunst in dem Mevlana-Kloster und der Ince Minare Moschee in Konya – schließlich die Überwältigung beim Besuch der Blauen Moschee, der Hagia Sophia, des Topkapi Serails und des Dolmabahce Palastes in Istanbul – das Erlebnis des abendlichen Berufsverkehrs daselbst.

Dazu gehört das Land, die Landschaft zunächst, weit sich bis zum Horizont ausdehnend in allen oktoberlichen Braungelbrotönen, unterbrochen vom Grün in den Senken und dem Rotweiß der Ortschaften. Fruchtbar ist das Land – die Türkei ist bei den Nahrungsmitteln autark – und auf ihre Art bewirt-



Die Reisegruppe vor dem Tor der Poterne (71 m langer Tunnel) auf der Außenseite von Yerkapi in Hattuscha, der Hauptstadt der Hethiter.
Foto: Dietmar Leischner

schaftet. Doch schon stehen Maschinen neben den gebückten Frauen und zupackenden Männern. Am Horizont erheben sich hohe Berge, fast 4 000 m erreicht der Erciyes Dag, dessen Ascheregen einst diese Gegend mit einer viele Meter dicken Lössschicht bedeckte und damit die Voraussetzung für die Naturwunder Kappadokiens im Göreme- und Zelveetal schuf. Dann wieder treten sie nah heran, zwingen zum Überwinden ansehnlicher Pässe und eröffnen so ein weites Panorama. Mitunter haben sich die Flüsse tief eingegraben, wir stiegen in die Tiefe des Ihlaratals, ein Grand Cannon der Türkei, oder die Schicht ist einfach eingebrochen, wie wir es bei Obruk Han bestaunen konnten.

Dann die Menschen. Schade, dass wir ihre Sprache nicht beherrschten. Schon unsere wenigen Brocken erschlossen ihre Freundlichkeit, ihr Entgegenkommen, ihre Hilfsbereitschaft, ihr Temperament (Bei dem Tanz der Derwische oder dem mitreißenden Folkloreabend erfuhren wir es.). Ein Lächeln, ein Hallo = Merhaba wirkte Wunder. Das musste Osman, mit vollem Namen Osman Bestoy, wenn Sie einmal in der Türkei einen besonderen Führer suchen sollten, unser Dolmetscher, Vermittler, Führer, Erklärer, Mädchen für alles sein. Er hat dies mit Bravour erledigt! Dass er in Köln sein Abitur ablegte, dann Kunstgeschichte studierte und jahrelange Reiseführererfahrung sam-

melte, merkte man seinen Erklärungen in jeder Hinsicht an. Auch aktuellen, politischen oder religiösen Themen ging er nicht aus dem Weg und scheute keine Diskussion. Was er bei uns dadurch wachsen ließ, war ein unvoreingenommener Blick auf ein modernes Land an der Nahtstelle zwischen Europa und Asien, ein Land das in der heutigen Form erst 80 Jahre alt ist, große Schritte getan hat und mit Zuversicht in die Zukunft schaut. Wenn ich am Ende dieser Reise etwas bedauere, ist es das, dass dieser menschliche Kontakt erst im Ruhestand erfolgt ist. Bei den vielen türkischen Schülern, die ich in meinen Klassen hatte, hätte ich manches verständnisvoller gesehen und richtiger gemacht.

Was ist zur Gruppe zu sagen? Um den ruhenden Pol Othmar Dolechal sammelten sich interessierte, pünktliche, leistungsbereite „Millionäre“ (der Wechselkurs ermöglichte es) auf die bis auf den letzten Tag die Sonne schien und die dank der sicheren Fahrkünste von Musa und Mehmet sich sorgenfrei den vielfältigen Eindrücken widmen konnten.

Eine Frage blieb am Ende uns Seniorenen, die nach der Zukunft nämlich. Wird es eine Fortsetzung geben – da gäbe es doch noch einen Süden, Norden, Osten, Westen der Türkei? Dann könnte uns eine Frage, wie sie am Anfang gestellt wurde, nicht überraschen. *Peter Raffelt*

Personalien

Wir gratulieren im Januar ... zum 80. Geburtstag

- Brunner, Richard**, 16.01.
94405 Landau, KV Landshut
- Kolb, Heidi**, 28.01.
63741 Aschaffenburg, KV Untermain
- Merkel, Josef**, 02.01.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord

... zum 75. Geburtstag

- Bauer, Georgine**, 21.01.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord
- Hermann, Josef**, 05.01.
97447 Gerolzhofen, KV Main-Rhön
- Mooser, Edith**, 26.01.
94315 Straubing, KV Donau Wald
- Walter, Esther**, 04.01.
86316 Friedberg, KV Augsburg

... zum 70. Geburtstag

- Aigner, Agnes**, 24.01.
94121 Salzweg, KV Ndb.-Ost
- Dauner, Rupert**, 08.01.
86420 Diedorf, KV Augsburg
- Heilmann, Lorenz**, 21.01.
97082 Würzburg, KV Würzburg
- Jotz, Reinhold**, 17.01.
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu
- Mühlhäußer, Kurt**, 31.01.
95448 Bayreuth, KV Bayreuth-Pegnitz
- Müller, Annkatrin**, 30.01.
80939 München, BV München

... zum 65. Geburtstag

- Bernard, Elfriede**, 21.01.
97074 Würzburg, KV Würzburg
- Glungler, Elisabeth**, 26.01.
75365 Calw-Heumaden, KV Mfr.-Süd
- Hornig, Helmut**, 08.01.
92439 Bodenwöhr, KV Amberg-Sulzberg
- Kufner, Irmingard**, 09.01.
93128 Regenstein, KV Regensburg
- Schalk, Heinz**, 30.01.
90473 Nürnberg, KV Nürnberg
- Stahl, Melitta**, 29.01.
95447 Bayreuth, KV Bayreuth-Pegnitz

... zum 60. Geburtstag

- Fichtl, Hermann**, 29.01.
86150 Augsburg, KV Augsburg
- Geisler, Norbert O.**, 11.01.
83727 Schliersee, KV Rosenheim-MB
- Kies, Reinhard**, 18.01.
97218 Gerbrunn, KV Würzburg

Kroiß, Josef, 03.01.
94253 Bischofsmais, KV Donau-Wald

Möller, Klaus, 22.01.
91284 Neuhaus, KV Opf.-Nord

Pressel, Hans-Jürgen, 20.01.
97421 Schweinfurt, KV Main-Rhön

Salzl, Dieter, 29.01.
92729 Weiherhammer, KV Opf.-Nord

Schnabel, Werner, 14.01.
89335 Ichenhausen, KV Nordschwaben

Stelter, Ulrich, 15.01.
95339 Neuenmarkt, KV Bayreuth-Pegnitz

In den Ruhestand sind gegangen ...

Albrecht, Günther, BV München

Bauler, Katharina, KV Traunstein-BGL

Feistl, Walter, KV Traunstein-BGL

Grimm, Rathgundis, KV Nürnberg

Krätschmer, Otto, KV Traunstein-BGL

Matzeder, Eduard, KV Ndb.-Ost

Müller, Peter, KV Obb.-Nordwest

Putscher, Gertrud, KV Untermain

Reiner, Johann, KV Traunstein-BGL

Scheffold, Horst, KV Obb.-Südwest

Wir trauern um ...

Neudecker, Anna, KV Landshut (65)

Nossen, Erhard, KV Regensburg (65)

Seidel, Hans, KV Ofr.-Nordost (73)

Termine

DIDACTA-Bildungsmesse 2003

Termin: **31. 3. bis 4. 4. 2003**
Ort: **Nürnberg, Messezentrum**

Der VLB wird dort mit einem umfangreichen Programmanteil vertreten sein. Alle weiteren Informationen erhalten Sie in VLB-akzente 01/03 und 02/03.

Wer sich bereits vorab informieren möchte: <http://www.bildungsmesse-nuernberg.de>

Intensivbehandlung für Lehrer mit Stimmstörungen

Zielgruppe: Lehrer und Personen aus Sprechberufen mit Stimmpro-

blemen und Stimmstörungen. Teilnehmerzahl: maximal 12 Teilnehmer

Termin: **10. bis 21. März 2003 (Anreise 09. März 2003)**

Veranstalter: **SBBZ Coburg, Schloss Hohenfels 96450 Coburg**

Kosten: Krankenkassen und Beihilfe übernehmen bei ärztlicher Verordnung die Behandlungskosten

Durchführung: eingehende Beratung und Einzel- sowie Gruppenbehandlungen durch qualifizierte Stimmtherapeuten (Atemschulung, Stimmtonspannung bzw. Stimmkräftigung, Entwicklung einer wieder belastbaren Stimme), Rhetorik und Gymnastik

Nähere Informationen: SBBZ Coburg sowie Medau-Schule Coburg, Schloss Hohenfels, 96450 Coburg, Dr. Klaus Rothlauf, Telefon (0 95 61) 23 51 11

Für Sie persönlich

Informationen zur Rechtsschutz-Versicherung

Antworten auf häufig gestellte Fragen

Zunächst etwas Grundlegendes. Warum brauchen Sie überhaupt eine Rechtsschutz-Versicherung? Sie sind doch haftpflichtversichert.

Die Haftpflichtversicherung tritt ein, wenn ein Dritter Ansprüche gegen Sie geltend macht. Nicht abgedeckt ist in der Haftpflichtversicherung, wenn Sie eigene Ansprüche z. B. gegen einen Unfallgegner geltend machen müssen, sprich Ihr gutes Recht fordern – und Recht haben und Recht bekommen ist leider oft nicht das Gleiche.

Weshalb ist eine Rechtsschutz-Versicherung auch in einem funktionierenden Rechtsstaat notwendig?

Die Chancenungleichheit bei der Durchsetzung des Rechts liegt auch hauptsächlich in der oft gravierend

unterschiedlichen wirtschaftlichen Stärke der Kontrahenten begründet – wenn Sie zum Beispiel gegen wirtschaftlich wesentlich Stärkere, wie gegnerische Versicherungen, Behörden etc. vorgehen müssen. Die haben automatisch den längeren Atem. Jeder Rechtsstreit ist mit Kosten verbunden, die häufig nicht unerheblich sind: Gerichtsgebühren, Anwaltshonorare, Kosten für Sachverständigengutachten und Zeugen. Wenn der Prozess dann noch verloren geht, erwarten den Unterlegenen auch die Kosten der Gegenseite – für viele Menschen ist diese Kostenlawine verständlicherweise ein Grund, auf ihr gutes Recht zu verzichten.

Welche Kosten entstehen bei einem Rechtsstreit?

Diese Frage ist berechtigter denn je. Denn durch drastische staatliche Gebührenerhöhungen liegen die Kosten so hoch, dass es in der Praxis heißen kann: Die Kosten eines Verfahrens z. B. durch zwei Instanzen liegen über dem eigentlichen Streitwert. Ein alltägliches und plastisches Beispiel: Einem Kfz-Besitzer ist bei einem Autounfall ein Sachschaden in Höhe von 5 200 Euro entstanden. Weil der Gegner und dessen Haftpflichtversicherer die Regulierung ablehnen, muss er den Schaden einklagen. Ohne Rechtsschutz müsste er Prozesskosten von 2 806 in der 1. Instanz und insgesamt 6 523 Euro bis zur 2. Instanz riskieren.

Welche Kosten würde eine Rechtsschutz-Versicherung übernehmen?

Mit einer Rechtsschutz-Versicherung muss der für sein gutes Recht Klagende in diesem konkreten Fall eben nicht befürchten, den 5 200 Euro, die er bereits durch den Unfall verloren hat, noch mal mehr als 6 500 Euro für einen verlorenen Prozess zu bezahlen. Die Rechtsschutz-Versicherung übernimmt dieses Risiko und trägt, wenn der Prozess verloren geht, die Kosten.

Wie hoch ist der Versicherungsschutz?

Eine Deckungssumme von 300 000 Euro und ein zinsloses

Wir optimieren Ihre Versicherungen



Unabhängiger Versicherungsmakler



Kompetenz und Erfahrung

Versicherungs Kontor

Inh.: Elke Wiedmann

Am Schenkenfeld 17 b
97209 Veitshöchheim

Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419

z.B. Rechtsschutz- versicherungen

u.a. Sondertarife für Singles und Senioren
Kooperationen u.a. mit

- **DBV-Winterthur** (Partner des VLB)
- **dbb Vorsorgewerk**
(für die Mitglieder des dbb und Ihren Angehörigen)
- **BSA Versorgungswerk**
(Berufs- u. Sozialwerk für Angehörige des öffentlichen Dienstes)

Darlehen von 100 000 Euro für etwaige Strafkautionen sind üblich.

Aber es muss ja nicht immer gleich zum Prozess kommen. Daher übernimmt die Rechtsschutz-Versicherung auch das Beratungshonorar eines vom Kunden konsultierten Anwalts. Mit einem Anwaltsnotruf kann beispielsweise im Notfall gleich eine telefonische Erstberatung durch einen Anwalt erfolgen – rund um die Uhr. Diesen Service bieten jedoch nicht alle Versicherer.

Kommt der Normalbürger denn wirklich so oft in die Situation, in der er den Rechtsschutz unbedingt benötigt?

Für den Bürger bedeuten die zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen immer häufiger, dass seine rechtlichen Interessen berührt sind und er sein Recht verteidigen muss. Die rechtliche Auseinandersetzung muss ja auch nicht von ihm selber ausgehen, um in einen Streitfall verwickelt zu werden und damit in die Beklagtenrolle gedrängt zu werden.

Dennoch muss jeder selbst entscheiden, ob er diese Risiken absichern will und zu welchen Beiträgen, denn die Rechtsschutz-Versicherung übernimmt nicht alle Risiken. Streitigkeiten beim Hausbau sind beispielsweise nicht versicherbar. Informieren Sie sich deshalb vor einem Versicherungsabschluss umfassend.

Helmut Lang

Bücher / Medien

Titel: Demokratie Lernen
Autor: Gerhard Himmelmann
Verlag: Wochenschau Verlag
Schwalbach/Ts.
ISBN-Nr.: 3-87920-629-5
Rezensent: Ernst Keitel

Der Titel der Lehr- und Arbeitsbuches Demokratie Lernen spricht das zentrale und wohl auch allgemein anerkannte Ziel der politischen Bildung an. Der Untertitel Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform lässt die Intention des Autors erkennen. Einleitend gesteht der Autor zwar, dass sich Demokratie-Lernen zwar auch auf „Politik-Lernen“ bezieht, der Ansatz „Demokratie-Lernen“ sei doch seines Erachtens tiefgründiger, breiter, problem- und lebensnäher. Dabei geht es ihm darum, dass Schülerinnen und Schülern Demokratie in ihre Lebenswelt (Schule) erfahrbar gemacht werden.

Neben den Grundelementen der Demokratie und verschiedenen Demokratieformen beschreibt der Autor abschließend das Regieren in verflochtenen Institutionen und umgrenzten Räumen sowie Prinzipien der Herrschaftsformen, die in einem Wechselverhältnis zur Lebens- und Gesellschaftsform stehen.

Insgesamt handelt es sich um ein sehr informatives Buch, das nicht nur für Studierende, sondern auch für die erfahrenen Lehrkraft von großem Gewinn sein kann. Es bleibt dem Leser überlassen, inwieweit er sich der (parteiischen)

Grundposition der Demokratie als Lebensform anschließt. Durch die starke Berücksichtigung der persönlichen Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler wird wohl kaum ein Beitrag zum Abbau der Politikverdrossenheit geleistet. Auch die allgemein beklagte Stofffülle wird eher noch verstärkt.

Titel: Öko-soziale Marktwirtschaft
Autor: ohne Angabe
Verlag: Wochenschau Verlag
Schwalbach/Ts.
ISBN-Nr.: 3-4/2001
Bestell-Nr.: 23401
Rezensent: Ernst Keitel

Umweltschutz und soziale Marktwirtschaft sind wichtige Themen des Sozialkundeunterrichts in allen beruflichen Schulen. Die Diskussionen um diese beiden Themen sind regelmäßig vom Gegensatz ökonomischer und ökologischer Interessen geprägt. Die anhaltenden Wirtschaftsschwierigkeiten bedürfen für einen wirksamen Umweltschutz der Überwindung des Gegensatzes zwischen Ökonomie und Ökologie.

Das nunmehr vorliegende Themenheft Öko-soziale Marktwirtschaft zeigt die neuesten Erkenntnisse der Klimaforschung, die Grundprinzipien der Marktwirtschaft, Probleme einer ökologischen Ökonomie und Möglichkeiten der nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Es werden Textauszüge renommierter wissenschaftlicher Aussagen, gesicherte Daten dargestellt und in Grafiken veranschaulicht. An jeden Themenbereich schließen sich Arbeitsvorschläge zur Er-

schließung des Materials an. Ausführlich wird die Ökosteuer als Teil nachhaltiger Wirtschaftspolitik beschrieben. Die dazu ergänzend erhältliche Methodik bietet den Lehrenden zudem didaktisch-methodische Hinweise und benennt ergänzende Literatur und neue Medien. Das Themenheft ist zwar primär für die Sekundarstufe II gedacht, ist aber ebenso für die einschlägigen Themenbereiche im beruflichen Schulwesen sehr hilfreich.

Titel: Lernfeld Bautechnik – Fachstufen
Zimmerer

Autoren: Batran, Bläsi, Frey u. a.

Verlag: Handwerk und Technik, Hamburg

ISBN-NR.: 3.582.03516.6

Rezensent: Lotar Wagner

Der aktuelle Rahmenlehrplan und die Ausbildungsverordnung für Zimmerer erfordern ein Lehrbuch, welches Lehrern und Schülern Hilfe für ganzheitliches und schüleraktives Lernen bietet. Im vorliegenden Lehrbuch „Lernfeld Bautechnik -Fachstufen Zimmerer“ wurden diese Forderungen im besonderem Maße erfüllt.

Das Lehrbuch baut auf den sechs Lernfeldern der Grundstufe (1. Ausbildungsjahr) auf und deckt mit den Lernfeldern sieben bis achtzehn den Lehrstoff der Fachstufen der Zimmerers (2. und 3. Ausbildungsjahr) ab. Inhaltlich hält sich das Werk an die Vorgaben des Bundesrahmenlehrplans und ist dadurch für die Stoffauswahl eine ideale Orientierungshilfe für den Lehrer. Durch die Projektorientierung und die didaktisch-methodische Aufbereitung der Inhalte eignet sich das Werk sehr gut für selbständiges, eigenverantwortliches Lernen und führt die Schuler zunehmend in die Selbststeuerung ihrer Lernprozesse ein.

Bei der Gestaltung wurde auf Bewährtes zurückgegriffen. Besondere Sorgfalt wurde auch hier der Veranschaulichung durch die zahlreichen farbigen Zeichnungen und Fotos gewidmet. Zudem wird durch eine schülerangemessene und sehr anschauliche Sprache ein Beitrag geleistet, der die Erfolgchancen vergrößert und damit die Motivation der Lernenden verstärkt.

Der aktuelle Stand von Technik und Normung ist berücksichtigt.

Titel: Drama Beratung!

Consulting oder Consultainment?

Autoren: Güttler, Klewes et al.

Verlag: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

ISBN-Nr.: 3-89843-057-X

Rezensent: Helmut Stephan

Dieses Frankfurter Allgemeine Buch zeigt, dass Nachfrage und Angebot im Beratungsbereich fast inflationäre Zuwachsraten verzeichnen. Noch gibt es in der Wissenschaft, aber auch in der Beratungspraxis, keinen umfassend gesicherten Kenntnisstand darüber, wie Beratungsprozesse strukturiert sein und welche Kriterien für die Evaluierung von Beratungsleistungen gelten sollten. Der Beratungsprozess wird umso besser sein, je mehr sich Berater und Beratener in die Rolle des anderen zu versetzen bereit sind.

22 Fachbeiträge verschiedener Autoren mit Berichten aus der Praxis betonen die Nutzerorientierung als Quintessenz unter den Antipoden Consulting versus Consultainment. Neben Analyse und Strategie rückt im „People's Business“ Beratung wieder vermehrt die soziale Kompetenz der Beteiligten in den Vordergrund. Unzureichende Problemdiagnosen, nicht eindeutig geklärte Machtverteilungen oder unterschwellig vorhandene Erwartungshaltungen sind nur einige der Problemkreise, die das Beratungsverhältnis nachhaltig trüben.

In dem Fachbeitrag „Unternehmensberatung unter der Lupe - Einsichten in die kommunikative Innenwelt von Beratungsgesprächen“ beleuchtet Co-Autor Werner Nothdurft das Verhältnis von Berater und Klient anhand der Gesprächsprozesse. Hier sind Übertragungen auf schulische Verhältnisse leicht vorstellbar.

Interessant ist auch die Wortschöpfung „Accenture“ (Unternehmensentwicklung incl. Consulting) für den neuen Beratungstypus. Soft Skills gelten hier nicht nur als Zusatzqualifikationen, sondern sie stellen einen zentralen Bestandteil des holistischen Ansatzes der Teamarbeit dar. Kollektives Handeln in flachen Hierarchien und Offenheit gegenüber neuen Lösungsansätzen werden zur *Conditio sine qua non*; eigentlich ist beides durchaus schulapplikabel. Im Fachbeitrag „Projektmanagement“ beschreibt Co-Autor Thomas Nebeling Projekte als Prozessbeschleuniger; die Fachleute hier-

für müssten Prozess- und Feldkenntnis haben. Es ist aber nicht erforderlich, dass die Projektmitglieder, etwa Schüler, Fachexperten sind. Die Zweiteilung in externe und interne Projekte ist auf Schulverhältnisse transferierbar. Die drei Ebenen Projektauftraggeber, Projektleiter und Projektteam heißen somit in der Schule Schulleiter, betreuende Fachlehrkraft und Schüler. Aufschlussreich sind die Erfolgsfaktoren für Projekte. Das Prozessdesign für die Implantation eines Projektmanagementsystems lässt sich mutatis mutandis im Schulbereich anwenden.

Der Fachbeitrag von Co-Autor Alexander Güttler „Vorhang auf: Wenn Berater präsentieren“ verdeutlicht, wie man eine Präsentation auf den Punkt bringt, sozusagen die Dramaturgie einer Darbietung.

Das Buch ist eine wertvolle Hilfe für den richtigen Einstieg in die Sphäre der

Beratung, an Schulen etwa für beratende Unterrichtsbesuche im Hinblick auf den Bedeutungszuwachs der Unterrichts- und Schulentwicklung.

Titel: Die Schuldrechtsreform: Auswirkungen für den Außenhandel

Autoren: Dieter Zwernemann und Claudia Sutorius

Herausgeber: DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin

Rezensent: Helmut Stephan

Am 01.01.2002 trat in Deutschland das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz in Kraft. Der deutsche Gesetzgeber ging damit weit über die Vorgaben der EG-Verbrauchsgüterkaufrichtlinie 99/44 hinaus. Das neue Gesetz verändert das bis dahin seit mehr als 100 Jahren be-

„Let's talk about it“ – Mündliche Kommunikationsfähigkeit im Englischunterricht an Beruflichen Schulen – Prüfungen im Rahmen einer Gruppe

Dass eine Stärkung der mündlichen Kommunikationsfertigkeit im Englischunterricht durch eine andere Art der Erhebung mündlicher Leistungen als bisher üblich erfolgen muss, wird inzwischen kaum mehr bestritten. Das derzeit vorgesehene Übergewicht der Schulaufgaben, die bislang allesamt schriftliche Leistungserhebungen darstellen, im Vergleich zu den mündlichen Noten ist von vielen Fremdsprachenlehrkräften als problematisch erkannt worden, stellt es doch die Praxis des Sprachgebrauchs, bei der die mündliche Sprachproduktion einen Anteil von 95 %, die schriftliche dagegen nur einen Anteil von 5 % hat, total auf den Kopf.

Das in diesem Video gezeigte Konzept einer Gruppenprüfung in mündlicher Kommunikationsfähigkeit könnte hier Abhilfe schaffen. Die Prüfungen sowie ihre Rückwirkung auf den Unterricht könnten den echten mündlichen Leistungen der Schülerinnen und Schüler den Stellenwert einräumen, der ihnen zusteht.

Dieser Film, der in Zusammenarbeit mit dem Institut für Schul-

pädagogik und Grundschuldidaktik – Unterrichtsmitschau – der Universität München und der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen entstanden ist, soll helfen, das Konzept, die Vorbereitung und die Bewertung derartiger Prüfungen zu erklären. Er kann allerdings nur exemplarisch illustrieren, welche Problematik, aber auch welches Potenzial mit der Einführung solcher Prüfungen und des dazugehörigen Unterrichtes verbunden ist.

Ein weiteres Video mit 2 vollständig aufgezeichneten Gruppenprüfungen als Schulungsmaterial für ein Bewertertraining ist kurz vor der Fertigstellung.

Zu beziehen sind die Videos beim Institut für Schulpädagogik und Grundschuldidaktik – Unterrichtsmitschau – Arabellastr. 1, 81925 München, Fax: 089/92 14-23 28, E-Mail: sekretariat.unterrichtsmitschau@schedu.uni-muenchen.de

Preis: Videokassette VHS 29 Minuten; PAL mit CD-ROM 24,50 Euro zuzüglich Versandkosten

stehende Bürgerliche Gesetzbuch in mehreren Bereichen, vor allem das Kaufvertrags-, das Werkvertrags-, das Haftungs-, das Leistungsstörungen- und das Verjährungsrecht. Infolgedessen müssen Allgemeine Geschäftsbedingungen geändert, Verträge angepasst und das betroffene Personal gegebenenfalls geschult werden. Da die Neuregelungen sich auch auslandsbezogene Geschäftsbeziehungen auswirken, hat der DIHK diese Broschüre aufgelegt. Breiten Raum nimmt das neue deutsche Kaufrecht ein. Der Mangel der Kaufsache wird im Gesetz neu definiert, die Rechte des Käufers bei Mängeln der Kaufsache ausführlich dargestellt. Die Besonderheiten beim sog. Verbrauchsgüterkauf und der Unternehmerrückgriff werden beleuchtet.

Da das UN-Kaufrecht Bestandteil des nationalen Rechts aller ca. 60 Vertragsstaaten (in Deutschland seit 1991) ist, und zwar für Kaufverträge über Waren, die nicht zur Deckung des privaten Bedarfs abgeschlossen werden, gelten, soweit das UN-Kaufrecht keine eigenen Regelungen enthält, das BGB plus HGB und damit die Schuldrechtsreform ergänzend. Im Abschnitt „Grundsätzliche Erwägungen bei der Gestaltung von Kaufverträgen im grenzüberschreitenden Verkehr“ werden UN-Kaufrecht und deutsches Recht ausführlich verglichen, gefolgt von Hinweisen für den Exporteur, den Importeur und Modifikationsmöglichkeiten von Vertragsklauseln. Im Anhang I wird das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz in Auszügen abgedruckt, im Anhang II werden synoptisch das BGB und HGB mit dem UN-Kaufrecht hinsichtlich verschiedener Rechtsbegriffe gegenübergestellt. Im Anhang III schließlich erfolgen Ver-

tragsbeispiele. Die Broschüre ist für die Unterrichtsvorbereitung in Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsenglisch eine wertvolle Stütze.

Leser schreiben

Zum Leserbrief „Kündigung der Mitgliedschaft“ im VLB-akzente, Heft 10/02 erreichte die Redaktion nachfolgendes Schreiben des Bayerischen Kultusministeriums:

Der Vorwurf, dass „in der Referendarausbildung faschistoiden Züge durchaus an der Tagesordnung sind“, entbehrt jeder Grundlage. Es handelt sich um eine unter dem Deckmantel der Anonymität abgegebene Behauptung, die in keiner Weise begründet wird. Wir weisen diesen Vorwurf, der ganz offensichtlich das Ausbildungspersonal an den beruflichen Schulen in Misskredit bringen soll, auf das entschiedenste zurück. Die für die Anonymität gewählte Begründung einer „Benachteiligung bei der dienstlichen Beurteilung“ ist für einen Studienreferendar, der sich bereits aus dem Vorbereitungsdienst verabschiedet hat, unglaubwürdig. Wir schildern den Ablauf des Zuweisungsverfahrens für den Zweigschuleinsatz, damit sich die Leserschaft ein eigenes Urteil über den angeblichen „Lehensherrn“ und seine „Leibeigenen“ bilden kann.

1. Stufe: Festlegung der Verteilungsquote durch das Ministerium

Auf der Grundlage des von den Regierungen gemeldeten Lehrbedarfs

werden durch das Ministerium Quoten für die Verteilung der Studienreferendare auf die einzelnen Regierungsbezirke festgelegt. Diese Kontingente werden den drei Staatlichen Studienseminaren für das Lehramt an beruflichen Schulen mitgeteilt.

2. Stufe: Verteilung der Referendare auf die Regierungsbezirke durch die Seminarvorstände

Vor Beginn des Verteilungsverfahrens können alle Studienreferendare schriftlich Ortswünsche äußern und diese auch begründen. Die Verteilung der Studienreferendare auf die Regierungsbezirke erfolgt anschließend durch die Seminarvorstände unter Berücksichtigung der fachlichen Erfordernisse, der sozialen Situation und der geäußerten Ortswünsche. Soweit mehrere Alternativen offen stehen, wird versucht, vorrangig den Wünschen der (verheirateten) Bewerber mit Kindern und verheirateter Bewerber zu entsprechen. Ferner sollen im zweiten Jahr ggf. Härten ausgeglichen werden, die bei der Einteilung für das erste Jahr des Vorbereitungsdienstes entstanden sind.

3. Stufe: Zuweisung der Referendare an die Zweigschulen durch die Regierungen

Die durch die Seminarvorstände erfolgten Zuweisungen werden den Regierungen durch das Ministerium mitgeteilt. Die Zuweisung an die einzelnen Zweigschulen nehmen die Regierungen in eigener Zuständigkeit vor. Die Studienreferendare werden

IRAN Historisches Persien 16.04.2003 bis 26.04.2003 Teheran, Shiraz, Persepolis, Kerman, Bam, Yazd, Isfahan Iran Air (FRA), HP, Preis: 1898,- € (1798,- € für VLB)	NAMIBIA - KAPTSTADT 12.04.2003 - 26.04.2003 Windhoek, Sossusvlei, Swakopmund, Etosha, Kapstadt, Paarl Air Namibia (FRA), VP, Preis: 2648,- € (2598 für VLB)
MADRID mit Extremadura 01.03.2003 - 08.03.2003 Tolledo, Trujillo, Cáceres, Salamanca, Segovia, El Escorial Iberia (MUC), HP, Preis: 1098,- € (1048,- € für VLB)	ROM, Neapel & Sorrent 01.03.2003 - 08.03.2003 Rom, Vatikan, Amalfi - Küste, Capri, Pompeji, Vesuv Lufthansa (MUC), HP, Preis: 1048,- € (998,- € für VLB)
PORTUGAL: 02.03.2003 - 09.03.2003 Fatima, Lissabon, Estoril, Alvor, Silves, Lagos, Kap St. Vicente Lufthansa (MUC), HP, Preis: 1048,- € (998,- € für VLB)	WESTTÜRKEI 01.03.2003 - 08.03.2003 Istanbul, Troja, Ayvalik, Pamukkale, Kusadasi, Ismir Türkisch Air (MUC), HP, Preis: 698,- € (648,- € für VLB)
Reisedienst Naturfreunde, Rieger, Wittelsbacherstr. 31, 85051 Ingolstadt, Tel.: (0841) 7 11 44, FAX: 7 76 86	
Weihnachten 2002/2003: Nord- und Südjemen 26.12.2002 bis 05.01.2003 ab 1548,- €, Marokko 30.12.2002 bis 06.01.2003 ab 998,- €	
Fasching 03 Ägypten 10 Tg mit Nilkreuzfahrt ab 1198,- €, Keine Ferien: Birma - Kamdoscha - Bangkok: 13.03. - 28.03.03 ab 2450,- €	
Ostern 03: Cypem 8 Tg, Persien 11 Tg, Ägypten 10 Tg, Sizilien 8 Tg, Apulien 8 Tg Pfingsten 03: Namibia 12 Tage ab 1989,- €, Inseln der Ägäis (Kykladen) ab 1298,- €, Sizilien - Liparische Inseln 9 Tg ca. 1100,- €, Apulien 8 Tg, Peru 15 Tg ca. 2500,- €	

über den Regierungsbezirk in der Regel Ende Juli sowie über den Einsatzort mit Ende des Einstellungsverfahrens Mitte August in Kenntnis gesetzt.

Dieses seit vielen Jahren praktizierte Verfahren hat sich sehr bewährt, da die persönlichen Verhältnisse des einzelnen Studienreferendars am Studienseminar sowie die aktuelle Bedarfslage der Schulen an den Regierungen weit besser bekannt sind als im Ministerium und demzufolge die Einzelentscheidungen zweckmäßiger vor Ort getroffen werden können. Das Verfahren findet auch bei den Studienreferendaren hohe Akzeptanz.

Hinsichtlich des Umgangs mit Studienreferendaren ist es für das Ministerium und die übrigen beteiligten Behörden selbstverständlich, dass mit der gebotenen Höflichkeit reagiert, aber auch entsprechend der Sachlage korrekt gehandelt wird. Die jeweilige Zuweisung an die Regierungsbezirke und an die Zweigschulen erfolgt nicht willkürlich, sondern auf Grund fachlicher Erfordernisse und unter weitgehender Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte.

Wir bitten um Verständnis, dass selbst mit diesem personalfreundlichen Verfahren nicht alle Ortswünsche von Studienreferendaren erfüllt werden können.

*Bayerisches Staatsministerium für
Unterricht und Kultus
gez. Tengg, Ministerialrat*

Darüber hinaus eine weitere Leserschrift:

Sehr geehrter Herr Unbekannt, ich kann durchaus verstehen, dass die finanzielle Situation für Sie als Referendar sehr bedrückend ist und dringend verbessert werden muss. Der VLB hat das seit Langem gefordert, und das KM hat einer Zulage von 75 % auch zugestimmt. Allerdings wurde dieser Vorstoß im Juli im Rahmen der Sparmaßnahmen vom Kabinett gestrichen.

Es macht mich traurig, dass Sie Ihre Mitgliedschaft beim VLB kündigen. Denn wer soll dann Ihre Interessen vertreten, wenn nicht der Berufsverband, und der braucht die Unterstützung von vielen, vor allem jungen Mitgliedern.

Ihre Anschuldigungen, die Sie gegen die Beteiligten an der Ausbildung im Re-

ferendariat vorbringen kann ich nicht teilen. Vor allem finde ich Ihre kritischen Anmerkungen zu allgemein formuliert. Deshalb treffen Sie mit Ihren Vorwürfen viele engagierte Kolleginnen und Kollegen, die sich begeistert und über das normale Maß hinaus um den Lehrernachwuchs bemühen.

Es wird von Ihnen eine räumliche Mobilität innerhalb Bayerns gefordert, ebenso eine berufliche Flexibilität sich in die verschiedenen Fächer/Lernfelder unterschiedlicher beruflicher Schulen einzuarbeiten. Diese Aufgabe fordert den ganzen Menschen, Beruf und/oder Berufung!?

Zum Thema „professionelle Ausbildung“ einige Aspekte aus meiner Sicht:

- Die Kooperation zwischen Universität und Schule wird z. B. durch schulpraktische Studien/Übungen verstärkt
- Vorbereitung der Studenten für die schulpraktischen Studien durch Lehrbeauftragte aus der Praxis
- „Kommunikationstraining“ für Referendare im Studienseminar Nordbayern, durchgeführt von jungen, dynamischen Handelslehrern
- u. v. m

Deshalb appelliere ich an alle Referendare: Bringen Sie konstruktive Vorschläge, arbeiten Sie mit und beteiligen Sie sich später an der Ausbildung der Diplom-Handelslehrer aktiv.

Vor ca. 10 Jahren haben wir Seminargruppensprecher mit Hilfe eines strukturierten Fragebogens die Referendare über die Ausbildungssituation an ihren Seminarschulen befragt. Die Ergebnisse/Kritik dieser Aktion habe u. a. auch ich bei einem Seminarlehrertreffen vorgebracht. Einige Punkte konnten geklärt werden, aber es gab durchaus strittige Punkte. Für mich als damalige Seminargruppensprecherin war es nicht leicht Kritik gegenüber Seminarlehrer vorzubringen, doch Diskussion und sachliche Argumente entspannten manche Situation.

Diese Kommunikationsform bevorzuge ich noch heute gegenüber No-name-Leserbriefen.

Ich bedauere, dass Sie in Ihrem Referendariat so viele negative Erfahrungen sammeln mussten und wünsche Ihnen viel Erfolg und positive Erfahrungen in der Wirtschaft.

*Elfriede Sulzer-Gscheidel
KV-Vorsitzende, Nürnberg*

Erklärung:

Herausgeber und Redaktion von VLB akzente erklären nachdrücklich, dass insbesondere die im letzten Absatz des Leserbriefes „Kündigung der Mitgliedschaft“ (VLB akzente Heft 10) gemachten Aussagen nicht ihrer Auffassung entsprechen.

Autorenverzeichnis:

Hofgärtner, Margit	Computer-easy, 80336 München, Tel.: (0 89) 7 46 42-3 43
Kraus, Josef	DL-Präsident, Fürstenstr. 59, 84030 Ergolding, Tel.: (08 71) 6 86 74
Lang, Helmut	VLB-Versicherungsbeauftragter KBBZ, Stettiner Str. 1, 9702 Würzburg, Tel.: (09 31) 66 17 29
Münch, Johannes	VLB-Webmaster, Rotspitzweg 16, 86931 Stadbergen-Deuringen, Tel.: (08 21) 24 30 23
Pohlmann, Heiko	VLB-Referent für Lehrerbildung, Kapellenstr. 82, 82239 Alling, Tel.: (0 81 41) 81 85 24
Schulter, Berthold	VLB-Seniorenbeauftragter, Weitstr. 66, 80935 München, Tel.: (0 89) 38 58 40 84
Thurner, Franz	Regierung von Oberbayern, 80534 München, Tel.: (0 89) 21 79 22 38
Vetter, Nina	Ulrichstr. 5, 97074 Würzburg, Tel.: (01 79) 6 47 40 02
Raffelt, Peter	Sebastian-Kneipp-Str. 4, 86482 Aystetten, Tel.: (08 21) 48 28 38



Unausgeglichen

Die schlechte Konjunktur macht sich auch auf dem Lehrstellenmarkt bemerkbar. So sind den Arbeitsämtern im Berufsberatungsjahr Oktober 2001 bis September 2002 wesentlich weniger betriebliche Ausbildungsstellen gemeldet worden als im gleichen Zeitraum davor. Allerdings haben gleichzeitig auch weniger Bewerber die Berufsberatung bei der Vermittlung eines Ausbildungsplatzes eingeschaltet. Insgesamt wurden den Arbeitsämtern 586 144 Lehrstellen gemeldet, und es gab 711 393 Bewerber. Die meisten erhielten (vielfach auch auf eigene Initiative hin) einen Lehrvertrag, auch wenn es sich dabei nicht immer um den Wunschberuf handelte. Zum Abschluss des Berufsberatungsjahres wurde ein (zumindest rechnerischer) Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage nicht erreicht. Während in Westdeutschland noch ein geringer Überschuss unbesetzter Lehrstellen zu verzeichnen war, litten die Jugendlichen in Ostdeutschland unter einem massiven Ausbildungsplatzmangel. Globus

Statistische Angaben: Bundesanstalt für Arbeit